

Art. 2. In artikel 1 van hetzelfde besluit van de Regering worden volgende wijzigingen aangebracht:

1° in lid 1 worden de woorden « 3° en » geschrapt en « 250 » wordt vervangen door « 359 »;

2° volgend lid wordt ingelast tussen de leden 4 en 5:

« het aantal verloven voor opdracht toegekend krachtens voormeld artikel 5, § 1, 4° is vastgesteld op 109 ».

Art. 3. De Minister-Presidente tot wier bevoegdheden het leerplichtonderwijs behoort is belast met de uitvoering van dit besluit.

Art. 4. Dit besluit treedt in werking op 1 september 2007.

Brussel, 21 september 2007.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :
De Minister-Presidente belast met het leerplichtonderwijs,
Mme M. ARENA
De Minister van Ambtenarenzaken,
M. DAERDEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2007 — 4265

[C — 2007/33070]

25. JUNI 2007 — Programmdekret 2007 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Beschäftigung* Abschnitt 1 — Allgemeines

Artikel 1 - Abänderung des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988

In Titel III des Programmgesetzes vom 30. Dezember 1988 wird für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein Kapitel *IIter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«KAPITEL *IIter* — Regeln bezüglich der Bezuschussten Vertragsarbeitnehmer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 101^{quater} – In Abweichung von Artikel 93 Absatz 3 *a*) dürfen Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, an deren Gründung kommunale Vertreter mehrheitlich beteiligt bzw. in deren Verwaltungsrat mehrheitlich vertreten sind, Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen»

Art. 2 - Abänderung des Dekretes vom 5. Februar 1998.

In Artikel 3 des Dekretes der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebung im Bereich der Beschäftigungspolitik wird die Nr. 1 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«1. ohne vorherige Ankündigung zu jeder Tages- und Nachtzeit alle Arbeitsstätten oder jegliche Orte zu betreten, die ihrer Kontrolle unterliegen oder an denen angemessen vorausgesetzt werden kann, dass dort arbeitende Personen vorzufinden sind, die den gesetzlichen Bestimmungen unterliegen, deren Beachtung sie überwachen müssen.

Die bewohnten Räumlichkeiten dürfen jedoch nur mit vorheriger Erlaubnis des Richters des Polizeigerichts betreten werden»

Art. 3 - Aufhebung des Dekretes vom 31. Mai 1990.

Das Dekret der Wallonischen Region vom 31. Mai 1990 zur Schaffung eines speziell für Langzeitarbeitslose bestimmten Programms zur Förderung des Arbeitsmarktes im nichtkommerziellen Sektor, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 19. Mai 1994 und vom 1. April 1999, und die entsprechenden Ausführungserlasse werden für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

Art. 4 - Zuschüsse für Organisationen, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen.

Im Rahmen der zu diesem Zweck verfügbaren Haushaltsmittel und einer mit dem Berechtigten abzuschließenden Konvention kann die Regierung Organisationen, die Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer beschäftigen, einen zusätzlichen Personalzuschuss gewähren.

Abschnitt 2 — Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt

Art. 5 - Direkte Diskriminierung.

Artikel 2 §1 Nr. 6 des Dekretes vom 17. Mai 2004 bezüglich der Sicherung der Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«6. direkte Diskriminierung: wenn eine Person aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer so genannten Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer Abstammung, ihrer Nationalität, ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, ihrer Sprache, ihrer sexuellen Ausrichtung, ihres Zivilstandes, ihrer Geburt, ihres Vermögens, ihres Alters, ihrer Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, ihrer politischen Anschauung, ihres aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustandes, ihrer Behinderung, eines physischen oder genetischen Merkmals oder der sozialen Herkunft in einer vergleichbaren Situation eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person erfährt, erfahren hat oder erfahren würde;»

Art. 6 - Indirekte Diskriminierung

Artikel 2 § 1 Nr. 7 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«7. indirekte Diskriminierung: wenn dem Anschein nach neutrale Bestimmungen, Kriterien oder Verfahren Personen mit einem bestimmten Geschlecht, einer bestimmten so genannten Rasse, einer bestimmten Hautfarbe, einer bestimmten Abstammung, einer bestimmten Nationalität, einer bestimmten nationalen oder ethnischen Herkunft, einer bestimmten Sprache, einer bestimmten sexuellen Ausrichtung, einem bestimmten Zivilstand, einer bestimmten Geburt, einem bestimmten Vermögen, einem bestimmten Alter, einer bestimmten Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, einer bestimmten politischen Anschauung, einem bestimmten aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, einer bestimmten Behinderung, einem bestimmten physischen oder genetischen Merkmal oder einer bestimmten sozialen Herkunft gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn diese Bestimmungen, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt, wobei die Mittel zur Erreichung dieses Ziels angemessen und erforderlich sein müssen.»

Art. 7 - Gleichstellungen

Artikel 5 § 2 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 2 - Die Belästigung, d.h. jede Form von unerwünschter Verhaltensweise, die mit dem Geschlecht, einer so genannten Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, der Nationalität, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Sprache, der sexuellen Ausrichtung, dem Zivilstand, der Geburt, dem Vermögen, dem Alter, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, der politischen Anschauung, dem aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, einer Behinderung, einem physischen oder genetischen Merkmal oder der sozialen Herkunft in Zusammenhang stehen, und die bezwecken oder bewirken, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird und ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird, ist einer direkten Diskriminierung gleichzustellen.»

Art. 8 - Voraussetzungen und Kriterien.

Artikel 6 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Artikel 6 — Voraussetzungen und Kriterien

Es ist verboten, sich auf das Geschlecht, eine so genannte Rasse, die Hautfarbe, die Abstammung, die Nationalität, die nationale oder ethnische Herkunft, die Sprache, die sexuelle Ausrichtung, den Zivilstand, die Geburt, das Vermögen, das Alter, die Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, die politische Anschauung, den aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, eine Behinderung, ein physisches oder genetisches Merkmal oder die soziale Herkunft in den Voraussetzungen oder Kriterien in den Bereichen der Berufsorientierung, der Berufsberatung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Umschulung, der Berufsbegleitung und der Arbeitsvermittlung zu beziehen oder in diesen Voraussetzungen oder Kriterien als Kriterium Merkmale vorzusehen, welche selbst ohne direkte Bezugnahme auf das Geschlecht, eine so genannte Rasse, die Hautfarbe, die Abstammung, die Nationalität, die nationale oder ethnische Herkunft, die Sprache, die sexuelle Ausrichtung, den Zivilstand, die Geburt, das Vermögen, das Alter, die Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, die politische Anschauung, den aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, eine Behinderung, ein physisches oder genetisches Merkmal oder die soziale Herkunft eine Diskriminierung entstehen lassen.»

Art. 9 - Informationen oder Werbung

Artikel 7 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Artikel 7 - Informationen oder Werbung

Es ist verboten, in den Informationen oder in der Werbung die Berufsorientierung, die Berufsberatung, die berufliche Aus- und Weiterbildung, die Umschulung, die Berufsbegleitung oder die Arbeitsvermittlung als für eine bestimmte Personengruppe aufgrund eines bestimmten Geschlechtes, einer bestimmten so genannten Rasse, einer bestimmten Hautfarbe, bestimmter Abstammung, einer bestimmten Nationalität, einer bestimmten nationalen oder ethnischen Herkunft, einer bestimmten Sprache, einer bestimmten sexuellen Ausrichtung, eines bestimmten Zivilstandes, einer bestimmten Geburt, eines bestimmten Vermögens, eines bestimmten Alters, einer bestimmten Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, einer bestimmten politischen Anschauung, eines bestimmten aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustands, einer bestimmten Behinderung, eines bestimmten physischen oder genetischen Merkmals oder einer bestimmten sozialen Herkunft besonders geeignet darzustellen.»

Art. 10 - Verweigerung oder Erschwernis des Zugangs zur Berufsorientierung, zur Berufsberatung, zur beruflichen Weiterbildung, zur Umschulung, zur Berufsbegleitung oder zur Arbeitsvermittlung

Artikel 8 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Artikel 8 - Verweigerung oder Erschwernis des Zugangs zur Berufsorientierung, zur Berufsberatung, zur beruflichen Weiterbildung, zur Umschulung, zur Berufsbegleitung oder zur Arbeitsvermittlung

Es ist verboten, den Zugang zur Berufsorientierung, zur Berufsberatung, zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, zur Umschulung, zur Berufsbegleitung oder zur Arbeitsvermittlung zu verweigern oder zu erschweren aufgrund von Merkmalen, die in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit dem Geschlecht, einer so genannten Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, der Nationalität, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Sprache, der sexuellen Ausrichtung, dem Zivilstand, der Geburt, dem Vermögen, dem Alter, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, der politischen Anschauung, dem aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, einer Behinderung, einem physischen oder genetischen Merkmal oder der sozialen Herkunft stehen.»

Art. 11 - Verbot der Diskriminierung beim Zugang zur Bildung

Artikel 10 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 10 - Verbot der Diskriminierung beim Zugang zur Bildung

Es ist verboten, auf dem Geschlecht, einer so genannten Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, der Nationalität, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Sprache, der sexuellen Ausrichtung, dem Zivilstand, der Geburt, dem Vermögen, dem Alter, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, der politischen Anschauung, dem aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, einer Behinderung, einem physischen oder genetischen Merkmal oder der sozialen Herkunft beruhende unterschiedliche Voraussetzungen vorzusehen für den Zugang zur Bildung.»

Art. 12 - Verbot der Diskriminierung beim Erhalt oder beim Überreichen aller Arten von Diplomen

Artikel 11 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Artikel 11 - Verbot der Diskriminierung beim Erhalt oder beim Überreichen aller Arten von Diplomen

Es ist verboten, auf dem Geschlecht, einer so genannten Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, der Nationalität, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Sprache, der sexuellen Ausrichtung, dem Zivilstand, der Geburt, dem Vermögen, dem Alter, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, der politischen Anschauung, dem aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, einer Behinderung, einem physischen oder genetischen Merkmal oder der sozialen Herkunft beruhende unterschiedliche Voraussetzungen vorzusehen für den Erhalt oder das Überreichen aller Arten von Diplomen, Abschlusszeugnissen, Zertifikaten oder Titeln.»

Art. 13 - Positive Maßnahmen

Artikel 12 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 12 - Positive Maßnahmen

Ungeachtet des Grundsatzes der Gleichbehandlung können spezifische Maßnahmen ergriffen oder beibehalten werden, die zur Gewährleistung einer vollen Gleichstellung im Berufsleben beitragen, in dem sie Nachteile, die in Zusammenhang mit dem Geschlecht, einer so genannten Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, der Nationalität, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Sprache, der sexuellen Ausrichtung, dem Zivilstand, der Geburt, dem Vermögen, dem Alter, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, der politischen Anschauung, dem aktuellen oder zukünftigen Gesundheitszustand, einer Behinderung, einem physischen oder genetischen Merkmal oder der sozialen Herkunft entstehen, vorbeugen oder diese ausgleichen.»

Art. 14 - Schutzmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsverhältnisses

In dasselbe Dekret wird ein neuer Artikel 19*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 19*bis* - Schutzmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsverhältnisses

§ 1 - Wenn im Rahmen des Arbeitsverhältnisses eine Klage durch oder zugunsten einer Person, aufgrund eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes, eingereicht wird, ist es dem Arbeitgeber untersagt gegen diese Person benachteiligende Maßnahmen zu ergreifen, es sei denn, es handelt sich um Gründe, die in keinem Zusammenhang mit der Klage stehen.

§ 2 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels versteht man unter «benachteiligende Maßnahme» insbesondere die Beendigung des Arbeitsvertrages, die einseitige Änderung der Arbeitsbedingungen oder eine benachteiligende Maßnahme nach Beendigung des Arbeitsvertrages.

§ 3 - Im Sinne des vorliegenden Artikels umfasst der Begriff „Klage einreichen“:

1. eine von der betroffenen Person beim Unternehmen oder beim Dienst, bei dem sie beschäftigt ist, eingereichte begründete Klage;
2. eine von den in Artikel 20 Absatz 1 des vorliegenden Dekretes aufgeführten Organisationen oder Vereinigungen zugunsten der betroffenen Person beim Unternehmen oder beim Dienst, bei dem sie beschäftigt ist, eingereichte begründete Klage;
3. eine von der betroffenen Person vor der zuständigen Gerichtsbarkeit erhobene Klage;
4. eine von den in Artikel 20 Absatz 1 des vorliegenden Dekretes aufgeführten Organisationen oder Vereinigungen vor der zuständigen Gerichtsbarkeit erhobene Klage zugunsten der betroffenen Person.

Im Sinne des im vorherigen Absatz unter den Punkten 1 und 2 angeführten Begriffs „begründete Klage“ versteht man ein datiertes, unterzeichnetes Schreiben, das per Einschreiben notifiziert wird und in dem die Tatsachen vorgebracht werden, die eine Diskriminierung vermuten lassen.

§ 4 - Wenn der Arbeitgeber in den zwölf Monaten nach Einreichen der Klage gegen die betroffene Person eine benachteiligende Maßnahme ergreift, obliegt es der beklagten Person zu beweisen, dass die benachteiligte Maßnahme aus Gründen ergriffen wurde, die in keinem Zusammenhang mit der Klage stehen.

Wenn eine Klage durch oder zugunsten der betroffenen Person vor der zuständigen Gerichtsbarkeit erhoben wird, wird die im vorherigen Absatz vorgesehene Frist von zwölf Monaten verlängert und endet erst drei Monate nach dem Tag, an dem das Urteil rechtskräftig wird.

§ 5 - Wenn der Arbeitgeber gemäß §1 eine benachteiligende Maßnahme gegen die betroffene Person ergreift, beantragt diese Person oder die für sie auftretende Organisation oder Vereinigung ihre Wiedereinsetzung in das Unternehmen, in den Dienst oder in den Arbeitsplatz zu den vorher geltenden Bedingungen.

Der Antrag wird per Einschreiben innerhalb der dreißig Tage nach der Notifizierung der Kündigung mit oder ohne Kündigungsfrist oder nach der einseitigen Änderung der Arbeitsbedingungen eingereicht. Der Arbeitgeber muss innerhalb von dreißig Tagen nach der Notifizierung des Antrages Stellung beziehen.

Der Arbeitgeber, der die Person in dem Unternehmen, in dem vorherigen Dienst oder Arbeitsplatz zu den vorher geltenden Bedingungen wieder einsetzt, ist verpflichtet, das aufgrund der Kündigung oder der Änderung der Arbeitsbedingungen verloren gegangene Gehalt und die diesbezüglichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge nachzuzahlen.

Der vorliegende Paragraph findet keine Anwendung auf die benachteiligende Maßnahme, die nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses ergriffen wird.

§ 6 - In Ermangelung der Wiedereinsetzung gemäß §5 Absatz 1 und wenn die benachteiligende Maßnahme als Verstoß gegen die Bestimmungen des §1 befunden wurde, muss der Arbeitgeber der betroffenen Person eine Entschädigung zahlen, die sich, je nach deren Wahl, entweder auf einen Pauschalbetrag von sechs Bruttomonatsgehältern oder aber auf den effektiv erlittenen Schaden beläuft, dessen Tragweite die betroffene Person in diesem Fall beweisen muss.

§ 7 - Der Arbeitgeber ist verpflichtet dieselbe Entschädigung zu zahlen, ohne dass die betroffene Person oder die für sie auftretende Organisation, Vereinigung oder Stelle den Antrag auf Wiedereinsetzung gemäß §5 einreichen muss:

1. wenn die zuständige Gerichtsbarkeit die in der Klage vorgebrachten Tatsachen, die eine Diskriminierung vermuten lassen, als erwiesen ansieht;
2. wenn die betroffene Person das Arbeitsverhältnis bricht, weil das Verhalten des Arbeitgebers gegen §1 verstößt, was für diese Person einen Grund darstellt, das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung der Kündigungsfrist bzw. vor deren Ablauf zu beenden;

3. wenn der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis aufgrund eines schwerwiegenden Vergehens beendet hat, die zuständige Gerichtsbarkeit dies jedoch als nicht begründet und als Verstoß gegen §1 ansieht.

§ 8 - Wenn die benachteiligende Maßnahme nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ergriffen wird, und wenn sie gegen §1 verstößt, muss der Arbeitgeber dem Opfer die in §6 vorgesehene Entschädigung zahlen.

§ 9 - Der im vorliegenden Artikel vorgesehene Schutz findet ebenfalls Anwendung auf die Personen, die im Rahmen der gemäß §3 eingereichten Klagen als Zeugen intervenieren.

§ 10 - Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels finden ebenfalls Anwendung auf alle Personen, die keine Arbeitgeber sind, aber in irgendeiner Form Autorität auf die betroffenen Personen ausüben können.»

Art. 15 - Schutzmaßnahmen außerhalb des Arbeitsverhältnisses

In dasselbe Dekret wird ein neuer Artikel 19ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 19ter - Schutzmaßnahmen außerhalb des Arbeitsverhältnisses

§ 1 - Wenn außerhalb des Arbeitsverhältnisses eine Klage durch oder zugunsten einer Person aufgrund eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes, eingereicht wird, ist es der beklagten Person untersagt, gegen die klagende Person benachteiligende Maßnahmen zu ergreifen, es sei denn es handelt sich um Gründe, die in keinem Zusammenhang mit der Klage stehen.

§ 2 - Im Sinne des vorliegenden Artikels umfasst der Begriff "Klage einreichen»:

1. eine von der betroffenen Person beim zwischengeschalteten Dienstleister eingereichte begründete Klage;
2. eine von den in Artikel 20 Absatz 1 des vorliegenden Dekretes aufgeführten Organisationen oder Vereinigungen zugunsten der betroffenen Person beim zwischengeschalteten Dienstleister eingereichte begründete Klage;
3. eine von der betroffenen Person vor der zuständigen Gerichtsbarkeit erhobene Klage;
4. eine von den in Artikel 20 Absatz 1 des vorliegenden Dekretes aufgeführten Organisationen oder Vereinigungen vor der zuständigen Gerichtsbarkeit erhobene Klage zugunsten der betroffenen Person.

Im Sinne des im vorherigen Absatz unter den Punkten 1 und 2 angeführten Begriffs «begründete Klage» versteht man ein datiertes, unterzeichnetes Schreiben, das per Einschreiben notifiziert wird und in dem die Tatsachen vorgebracht werden, die eine Diskriminierung vermuten lassen.

§ 3 - Wenn in den zwölf Monaten nach Einreichen der Klage gegen die betroffene Person eine benachteiligende Maßnahme ergriffen wird, obliegt es der beklagten Person zu beweisen, dass die benachteiligte Maßnahme aus Gründen ergriffen wurde, die in keinem Zusammenhang mit der Klage stehen.

Wenn eine Klage durch oder zugunsten der betroffenen Person vor der zuständigen Gerichtsbarkeit erhoben wird, wird die im vorherigen Absatz vorgesehene Frist von zwölf Monaten verlängert und endet erst drei Monate nach dem Tag, an dem das Urteil rechtskräftig wird.

§ 4 - Wenn die benachteiligende Maßnahme als Verstoß gegen die Bestimmungen des §1 befunden wurde, muss der Autor der Diskriminierung der betroffenen Person eine Entschädigung zahlen, die sich, je nach deren Wahl, entweder auf einen Pauschalbetrag von 650 EUR oder aber auf den effektiv erlittenen Schaden beläuft, dessen Tragweite die betroffene Person in diesem Fall beweisen muss.

§ 5 - Der im vorliegenden Artikel vorgesehene Schutz findet ebenfalls Anwendung auf die Personen, die im Rahmen der gemäß §2 eingereichten Klagen als Zeugen intervenieren.

§ 6 - Auf Anfrage der beklagten Partei kann die gemäß §2 angerufene Gerichtsbarkeit die im §3 vorgesehenen Fristen verkürzen.»

Art. 16 - Erlaubnis für Organisationen vor Gericht aufzutreten

In Artikel 20 Absatz 1 Nr. 1 desselben Dekretes werden die Wörter «seit mindestens 5 Jahren« gestrichen.

Abschnitt 3 – Arbeitsamt

Art. 17 - Abänderung des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft

In Artikel 2 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein neuer § 5 eingefügt, der wie folgt lautet:

«§ 5 - Die Regierung kann Rahmenbedingungen für die Ausführung der im vorliegenden Artikel erwähnten Aufgaben festlegen.»

KAPITEL II — Gesundheit und Soziales

Art. 18 - Internationale Adoption

Artikel 1 Nr. 1 des Dekretes vom 21. Dezember 2005 zur Adoption wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

- «1. internationale Adoption: jede einfache Adoption oder Volladoption einer Person,
- die vom Herkunftsstaat nach Belgien gebracht worden ist, gebracht wird oder gebracht werden muss, entweder nach ihrer Adoption in diesem Staat durch eine Person oder durch Personen, die ihren gewöhnlichen Wohnort in Belgien haben, oder im Hinblick auf eine derartige Adoption in Belgien oder in diesem Staat oder
 - die ihren gewöhnlichen Wohnort in Belgien hat und in einen anderen Staat gebracht worden ist, gebracht wird oder gebracht werden muss, entweder nach ihrer Adoption in Belgien durch eine Person oder durch Personen, die ihren gewöhnlichen Wohnort in diesem anderen Staat haben, oder im Hinblick auf eine derartige Adoption in Belgien oder in diesem anderen Staat oder
 - die in Belgien wohnt, ohne ermächtigt zu sein, sich dort niederzulassen oder sich dort länger als drei Monate aufzuhalten, um durch eine Person oder durch Personen, die dort ihren gewöhnlichen Wohnort haben, adoptiert zu werden.»

Art. 19 - Adoption

Artikel 13 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Artikel 13 - Sobald die leiblichen Eltern nicht mehr für das Wohl des Kindes Sorge tragen können und solange das in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuches erwähnte Einverständnis der leiblichen Eltern zur Freigabe des Kindes zur Adoption nicht vorliegt, trifft die Zentrale Behörde im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen jede geeignete Maßnahme zum Wohle des Kindes.

Jeder Dienst, der darüber informiert ist, dass Eltern ein Kind zur Adoption freigeben möchten, informiert unmittelbar die Zentrale Behörde.»

Art. 20 - Abänderung des Dekretes vom 9. Mai 1988

In Artikel 6bis des Dekretes vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu zwölf Jahren, eingefügt durch das Dekret vom 21. Januar 1991 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2006 werden folgende Abänderungen vorgenommen:

— § 1 Absatz 2 wird durch folgende Bestimmung ergänzt: «4. den Einnahmen, die in Anwendung der Artikel 9, 11, 17 § 6, 25 und 27 des Dekretes vom 21. Dezember 2005 zur Adoption entstehen.»

— § 2 wird wie folgt ergänzt: «Zudem können die Mittel des Fonds zur Übernahme von Kosten, die im Rahmen einer internen Adoption entstehen, verwendet werden.»

Art. 21 - Notaufnahme

Artikel 21 des Dekretes vom 9. Mai 1994 zur Anerkennung von Einrichtungen für die vorübergehende Aufnahme und Betreuung von Personen in einer Notlage sowie zur Gewährung von Zuschüssen für die Enteignung, den Ankauf, den Bau, die Anmietung, die Instandsetzung und die Ausrüstung von Notaufnahmewohnungen wird aufgehoben.

Art. 22 - ÖSHZ

In Artikel 12 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren, abgeändert durch die Gesetze vom 29. Dezember 1988 und vom 5. August 1992 sowie durch das Dekret vom 19. September 2006 werden die Wörter «nach der Einsetzung des Gemeinderates» ersatzlos gestrichen.

Art. 23 - Dienststelle für Personen mit einer Behinderung

Artikel 7 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, abgeändert durch die Dekrete vom 16. Dezember 2003 und vom 17. Mai 2004, wird um folgenden Absatz ergänzt: « Dem Verwaltungsrat gehört mit beratender Stimme ein von der Regierung bezeichneter Vertreter der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft an.»

Art. 24 - Jugendhilfe

Artikel 8 §1 des Dekretes über die Jugendhilfe vom 20. März 1995 wird durch folgenden Absatz ergänzt: «Die durch den Erlass der Regierung vom 23. August 2001, abgeändert durch die Erlasse vom 19. Mai 2003 und vom 26. April 2005 bezeichneten Mitglieder des Jugendhilferates führen in Abweichung von Absatz 2 ihr Mandat weiter bis zu einem von der Regierung festgelegten Datum.»

Art. 25 - Gesundheitsförderung

Artikel 8 §2 des Dekretes zur Gesundheitsförderung vom 1. Juni 2004, abgeändert durch das Dekret vom 21. März 2005, wird wie folgt ergänzt: «- ein Vertreter der für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

KAPITEL III – Medien

Art. 26 - Allgemeine Meldepflicht

Artikel 30 des Dekretes vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen werden um folgende Absätze ergänzt:

«Die beabsichtigte Übernahme von zugelieferten Programmanteilen ist dem Antrag auf Anerkennung beizufügen. Änderungen und Einstellung dieser Übernahme sind der Regierung und dem Medienrat mindestens vier Monate vor der Änderung oder Einstellung mitzuteilen.

Die Übernahme von unmoderierten Musikprogrammen ist untersagt.»

Art. 27 - Vernetzung von Lokalsendern

§ 1 - Artikel 32 Nr. 2 Satz 2 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «Der restliche Teil des Programms kann entweder mit anderen anerkannten Lokalsendern koproduziert oder aus deren Eigenproduktion übernommen oder von Drittpersonen zugeliefert werden.» und um folgenden Wortlaut ergänzt:

«Es ist jedoch untersagt, dass:

- a) mehrere Lokalsender Programmanteile von ein und derselben Drittperson verbreiten;
- b) Lokalsender Programmanteile eines nach diesem Dekret anerkannten Regionalsenders verbreiten.»

§ 2 - Artikel 33 desselben Dekretes wird aufgehoben.

Art. 28 - Must carry

In Artikel 81 desselben Dekretes wird ein §3 eingefügt, der wie folgt lautet:

„§ 3 - Die in diesem Artikel genannten Verpflichtungen werden alle drei Jahre, erstmals zum 31. März 2008, von der Beschlusskammer überprüft. Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Artikel 31 Absatz 1 der Richtlinie 2002/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienstrichtlinie).»

Art. 29 - Beschlusskammer

Artikel 110 Absatz 1 desselben Dekretes wird wie folgt ergänzt:

„4. die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährte jährliche Dotation, deren Auszahlungsmodalitäten von Artikel 2 des Programmdekretes vom 4. März 1996 abweichen können.»

Art. 30 - Zusammensetzung der Gutachtenkammer

Artikel 111 § 1 Absatz 2 Nr. 5 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «5. ein Mitglied pro angemeldetem Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze oder Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste, auf Vorschlag des jeweiligen Betreibers oder Anbieters,»

KAPITEL IV – *Denkmalschutz***Art. 31 - Sekretariat der Denkmalschutzkommission**

Artikel 3 Absatz 2 des Dekretes vom 14. März 1994 über die Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet die Führung des Sekretariats und eine Fachberatung.»

Art. 32 - Frist zur Erstellung eines Gutachtens

In Artikel 5 desselben Dekretes wird die Zahl «45» durch die Zahl «30» ersetzt.

KAPITEL V — *Jugend- und Erwachsenenbildung***Art. 33 - Anzahl Kreative Ateliers pro Gemeinde**

Artikel 1 Absatz 1 des Dekretes vom 16. Dezember 2003 über die Förderung von kreativen Ateliers wird um folgenden Wortlaut ergänzt: «Die Regierung kann pro Gemeinde nicht mehr als ein kreatives Atelier bezuschussen. Dieses Atelier muss seinen Sitz in dieser Gemeinde haben.»

Art. 34 - Vermeidung von Doppelangeboten

Artikel 3 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

— in Nr. 1 wird der Wortlaut «im deutschen Sprachgebiet» durch den Wortlaut „in der betreffenden Gemeinde« ersetzt;

— in Nr. 4 wird das Wort «Infrastruktur» durch die Wörter „ständige Infrastruktur in der betreffenden Gemeinde« ersetzt;

— eine Nr. 10 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt: «10. sich von anderen von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geförderten Kultur- und Freizeitangeboten unterscheiden.»

Art. 35 - Animatorenbezuschung

Artikel 2 Absatz 2 des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, eingefügt durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird durch folgenden Absatz ersetzt: «Ferner können die Gewerkschaftsprämie in Höhe von 54,54 EUR sowie die Rückerstattung der Anfahrtskosten in Höhe von 50 % des Sozialabonnements als bezuschussbare Personalkosten berücksichtigt werden.»

KAPITEL VI – *Tourismus***Art. 36 - Gebühren für Hotelbetriebe**

Artikel 30 Nr. 4 des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Hotel- und Unterkunftsbetriebe wird aufgehoben.

Art. 37 - Inspektion der Hotelbetriebe

Artikel 32 §1 Absatz 1 desselben Dekretes wird um einen zweiten Satz mit folgendem Wortlaut ergänzt: «Unter Beamte» im Sinne dieses Dekretes versteht man die Beamten und Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Art. 38 - Informationsbüros

Artikel 9 Absatz 3 des Dekretes vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und die Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Informationsstellen wird um folgenden Wortlaut ergänzt: «Zudem kann die Regierung nicht mehr als zwei Informationsbüros für die Gemeinden Eupen, Raeren, Kelmis und Lontzen und zwei für die Gemeinden Sankt Vith, Amel, Burg-Reuland, Bütgenbach und Büllingen bezuschussen.»

Art. 39 - Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen

In dasselbe Dekret wird ein neuer Artikel 13*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 13*bis* - Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen

Den Trägern eines Informationsbüros wird jährlich ein Zuschuss für Weiterbildungsmaßnahmen des beschäftigten Personals gewährt. Dieser entspricht höchstens 50 % der effektiv belegten Ausgaben für Weiterbildungsmaßnahmen mit einem Maximum von 2.000 EUR.

Den Trägern einer Informationsstelle wird jährlich ein Zuschuss für Weiterbildungsmaßnahmen des beschäftigten Personals gewährt. Dieser entspricht höchstens 50 % der effektiv belegten Ausgaben für Weiterbildungsmaßnahmen mit einem Maximum von 500 EUR.»

Art. 40 - Zuschussmodalitäten

In Artikel 14 desselben Dekretes wird der Wortlaut «12 und 13» durch den Wortlaut «12, 13 und 13*bis*» ersetzt.

Art. 41 - Feuerlöscher

Artikel 8 §2 Absatz 1 des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Camping und Campingplätze wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Die in §1 Nr. 1 erwähnten Feuerlöscher müssen grundlegenden Sicherheitsanforderungen genügen.

Der Nachweis für die Erfüllung dieser Anforderungen kann wie folgt erbracht werden:

1. Feuerlöscher, die vor dem 29. Mai 1997 auf den Markt gebracht wurden, müssen:

— wenn sie in Belgien hergestellt wurden, mit der BENOR-Konformitätszeichnung versehen sein,

— wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft hergestellt wurden, den in diesem Staat geltenden Vorschriften in Bezug auf die Prüfungs-, Klassifizierungsmethoden und die zu erfüllenden Bedingungen im Hinblick auf die genauen Merkmale des Feuerlöschers wie Zusammensetzung und Größe, genügen;

2. Feuerlöscher, die nach dem 29. November 1999 auf den Markt gebracht wurden, sind mit der CE-Konformitätszeichnung und der Konformitätserklärung versehen gemäß der Richtlinie 97/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Mai 1997 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Druckgeräte und entsprechen der Norm EN3.

3. Für Feuerlöscher, die im Zeitraum vom 29. Mai 1997 bis zum 29. November 1999 auf den Markt gebracht wurden, ist der Nachweis wahlweise gemäß Nummer 1 oder Nummer 2 zu erbringen.

Ferner sind die Feuerlöscher jährlich von einem Sachverständigen zu prüfen.»

KAPITEL VII — *Sport*

Art. 42 - Statut der Sportschützen

Artikel 14 Absatz 1 des Dekretes vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen wird wie folgt ersetzt: «Sportschützen, die bei In-Kraft-Treten des vorliegenden Dekretes seit mindestens 5 Jahren aktives Mitglied in einem Schützenverein sind, verfügen über eine Frist von 12 Monaten, um die Lizenz für Sportschützen zu beantragen. In diesem Fall stellt der Verband die Lizenz gegen Vorlage der in Artikel 7 genannten Unterlagen aus, wobei die Bescheinigung über die bestandene praktische Prüfung durch einen vom Verband geprüften Nachweis ihrer Fähigkeit zum sicheren Umgang mit einer Feuerwaffe ersetzt werden kann.»

KAPITEL VIII — *Infrastruktur*

Art. 43 - Abwässerkläranlagen

Artikel 2 Absatz 1 des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002, abgeändert durch die Dekrete vom 21. März 2005 und vom 20. Februar 2006, wird um folgende Bestimmung ergänzt:

«10. Abwässerkläranlagen.»

Art. 44 - Abänderung von Artikel 10 des Infrastrukturdekretes

Artikel 10 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Satzteil ergänzt: «und den in den Artikeln 36bis 38 erwähnten Infrastrukturvorhaben an Campingplätzen, Hotelbetrieben und Ferienwohnungen.»

Art. 45 - Abänderung von Artikel 11 des Infrastrukturdekretes

Artikel 11 Absatz 1 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

- in Nr. 1 werden die Wörter «und Campingplätze» ersatzlos gestrichen;
- es wird eine Nr. 1bis eingefügt, die wie folgt lautet: «1bis. die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 1 und Nrn. 3-10 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben für Campingplätze;»

Art. 46 - Abänderung von Artikel 17 des Infrastrukturdekretes

Artikel 17 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 3. Februar 2003, 21. März 2005 und vom 20. Februar 2006, wird wie folgt abgeändert:

- in § 1 Absatz 1 wird die Nummernfolge «7-9» ersetzt durch die Nummernfolge «7-10»;
- § 3 Absatz 2 wird durch folgenden Satzteil ergänzt: «sowie für die in den Artikeln 36, 37 und 38 erwähnten Prämien für Campingplätze, Hotelbetriebe und Ferienwohnungen.»

Art. 47 - Abänderung von Artikel 24 des Infrastrukturdekretes

In Artikel 24 §2 Absatz 3 wird das Datum «30. September» ersetzt durch das Datum »15. September«.

Art. 48 - Beantragung von Prämien für Campingplätze, Hotelbetriebe und Ferienwohnungen

In Kapitel I Abschnitt 5 wird ein Unterabschnitt 3, der den Artikel 24bis enthält, mit folgendem Wortlaut eingefügt:
„Unterabschnitt 3 — Verfahren für die Beantragung von Prämien für Campingplätze, Hotelbetriebe und Ferienwohnungen

Artikel 24bis - Prämien für Campingplätze, Hotelbetriebe und Ferienwohnungen

§ 1 - In Abweichung von den Artikeln 19 bis 23 gelten für die Beantragung der in den Artikeln 36-38 erwähnten Prämien folgende Regeln:

Der Antragsteller reicht bei der Regierung einen Antrag auf Erhalt einer Prämie ein, dem folgende Unterlagen beizufügen sind:

1. Angaben zur Identität des Antragstellers;
2. der Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Miet-, Erbpacht- oder Erbbauvertrags in Bezug auf die betroffene Immobilie;
3. eine detaillierte Beschreibung der geplanten Arbeiten sowie einen Nützlichkeits- und Bedarfsnachweis;
4. der Beleg für die eventuelle Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer;
5. der Nachweis der Finanzierungsabsicherung des Teils der Ausgaben, der nicht durch die Prämie der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgedeckt wird sowie die Absicherung der Rückzahlung der Prämie;
6. die Kostenvoranschläge beziehungsweise das Lastenheft mit einer detaillierten Kostenschätzung.

Nach Erhalt der Empfangsbestätigung des vollständigen Antrags kann der Antragsteller mit den Arbeiten beginnen ohne das Anrecht auf eine Prämie zu verlieren.

§ 2 - Die Regierung entscheidet über den Antrag und erteilt gegebenenfalls ihre Zusage für einen maximalen Prämienbetrag. Dieser wird gegebenenfalls aufgrund der endgültigen Abrechnung angepasst.»

Art. 49 - Campingplätze

Artikel 36 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 36 - In Abweichung von den Artikeln, 1, 4, 14, 16 und 18 §2 gewährt die Regierung für Infrastrukturvorhaben an Campingplätzen Prämien, die innerhalb von 10 Jahren nach ihrer Auszahlung gemäß den in Artikel 39 vorgesehenen Bedingungen zurückzuzahlen sind.

Nur die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1 und 3-10 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben kommen für die Gewährung einer Prämie für Campingplätze in Betracht.

Bei Projekten, deren Gesamtkosten bis zu 500.000 EUR betragen, entspricht diese Prämie 30% des annehmbaren Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 50.000 EUR. Bei Projekten, deren Gesamtkosten über 500.000 EUR betragen, beträgt diese Prämie 100.000 EUR.

Für denselben Campingplatz kann eine weitere Prämie erst gewährt werden, wenn mindestens drei Achtel einer vorigen Prämie zurückgezahlt wurden.»

Art. 50 - Hotelbetriebe

Artikel 37 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 37 - In Abweichung von den Artikeln, 1, 4, 14, 16 und 18 §2 gewährt die Regierung für Infrastrukturvorhaben an Hotelbetrieben Prämien, die innerhalb von 10 Jahren nach ihrer Auszahlung gemäß den in Artikel 39 vorgesehenen Bedingungen zurückzuzahlen sind.

Nur die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1 und 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben kommen für die Gewährung einer Prämie in Betracht und nur für Hotel- und Unterkunftsbetriebe, die in jedem Zimmer über Bad und WC verfügen, kann eine Prämie gewährt werden.

Bei Projekten, deren Gesamtkosten bis zu 500.000 EUR betragen, entspricht diese Prämie 30 % des annehmbaren Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 50.000 EUR. Bei Projekten mit Gesamtkosten über 500.000 EUR, beträgt diese Prämie 100.000 EUR.

Für denselben Hotelbetrieb kann eine weitere Prämie erst gewährt werden, wenn mindestens drei Achtel einer vorigen Prämie zurückgezahlt wurden.»

Art. 51 - Ferienwohnungen

Artikel 38 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 38 - In Abweichung von den Artikeln, 1, 4, 14, 16 und 18 §2 gewährt die Regierung für Infrastrukturvorhaben an Ferienwohnungen Prämien, die innerhalb von 10 Jahren nach ihrer Auszahlung gemäß den in Artikel 39 vorgesehenen Bedingungen zurückzuzahlen sind.

Nur die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1 und 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben kommen für die Gewährung einer Prämie in Betracht.

Die Prämie für Ferienwohnungen wird nur gewährt, wenn:

- der Antragsteller keine Handelsgesellschaft ist;
- die Gesamtkosten des Projektes mindestens 25.000 EUR betragen;
- die Ferienwohnung mindestens in der Kategorie «3 Ähren» eingestuft ist oder nach Abschluss der Arbeiten, für die die Prämie beantragt wird, mindestens den Bedingungen für die Einstufung in die Kategorie „3 Ähren» entspricht.

Die Prämie für Ferienwohnungen beträgt 7.500 EUR.

Diese Prämie wird pro in sich geschlossene Ferienwohnung nur ein Mal gewährt. Einem Antragsteller werden Prämien für höchstens fünf Ferienwohnungen gewährt. Zusammenlebende Personen gelten als ein Antragsteller.»

Art. 52 - Rückzahlung der Prämien für Hotels, Campingplätze und Ferienwohnungen

In dasselbe Dekret wird ein Artikel 38*bis* eingefügt, der wie folgt lautet:

«Artikel 38*bis* - Rückzahlung der Prämien für Hotels, Campingplätze und Ferienwohnungen

Jedes Jahr vor dem 31. Oktober, spätestens aber vor dem 31. Oktober des dritten Kalenderjahres nach der Auszahlung des Gesamtbetrages der in den Artikeln 36-38 erwähnten Prämien, zahlt der Begünstigte mindestens ein Achtel der Prämie zurück erhöht um 1,5 % der effektiven Restschuld vor Zahlung der jeweiligen Rate.

Verzugszinsen zum gesetzlichen Satz werden ab einer Verzögerung der Ratenzahlung von mehr als 30 Kalendertagen fällig.»

Art. 53 - Abänderung des Erlasses vom 4. Februar 2003

Die Artikel 22 und 23 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 4. Februar 2003 zur Ausführung des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 sind aufgehoben.

KAPITEL IX — Lokale Behörden

Art. 54 - Gemeindedotation

Artikel 30 des Programmdekretes vom 21. März 2005 wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Jahrzahl «2007» ersetzt durch die Jahrzahl «2008»;
2. er wird, um folgende Absätze ergänzt:

„Wenn die in Absatz 1 vorgesehene Berechnung dazu führt, dass eine Gemeinde mehr als 80% des durchschnittlichen Betrages pro Einwohner erhält, wird die Dotation auf die diesem Betrag entsprechende Summe begrenzt. Für die Berechnung der Einwohnerzahl gilt der 1. Januar 2007.

Die überschüssigen Mittel werden auf die Gemeinden mit den niedrigsten Beträgen pro Einwohner verteilt. Zuerst erhält die Gemeinde mit dem niedrigsten Betrag pro Einwohner die Differenz zur Gemeinde mit dem nächst höherem Betrag pro Einwohner. Dann erhält jeweils die Gemeinde mit dem niedrigeren Betrag die Differenz zur nächstfolgenden.»

KAPITEL X – *Haushaltsfonds*

Art. 55 - Abänderung des Dekretes vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 1 des Dekretes vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 1 - § 1 - Es wird ein Fonds zur Finanzierung rückzahlbarer Prämien, Kredite und Beteiligungen eingerichtet. Er entspricht einem Haushaltsfonds gemäß Artikel 45 der durch Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991 koordinierten Gesetzgebung über das staatliche Rechnungswesen.

§ 2 - Der Fonds zur Finanzierung rückzahlbarer Prämien, Kredite und Beteiligungen kann über Einnahmen verfügen, die sich aus der Erfüllung der Aufgaben des Fonds ergeben insofern diese nicht wegen ihrer Spezifizierung eher einem anderen Haushaltsfonds zuzuordnen sind, insbesondere:

1. die Rückzahlung der Beteiligungen oder Kredite an die «Ostbelgieninvest» oder an andere Handelsgesellschaften;
2. die Rückzahlung seitens der regionalen Wohnungsbaugesellschaft der an die anerkannten Gesellschaften gewährten Darlehen;
3. die aufgrund des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 zurückgezählten Prämien;
4. der im Einnahmenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Erfüllung der Aufgaben des Fonds als zweckbestimmte Einnahmen vorgesehenen Teil der Globaldotation;
5. die Gewinn- und Zinserträge oder Mehrwerte aus der Verwaltung dieser Mittel.

§ 3 - Insofern die möglichen Ausgaben ihrer Spezifizierung nach nicht eher einem anderen Haushaltsfonds zuzuordnen sind, können die Mittel des Fonds zur Finanzierung rückzahlbarer Prämien und Beteiligungen verwendet werden für:

1. die Auszahlung der aufgrund des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 gewährten Prämien;
2. die Auszahlung von Beteiligungen oder Krediten an Handelsgesellschaften;
3. die Auszahlung von Darlehen oder Vorschüssen an Einrichtungen, VoG's oder sonstigen Trägern von im Auftrag der Gemeinschaft gewährten Dienstleistungen.

§ 4 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt einen Rechnungsverantwortlichen.

§ 5 - Die Regierung berichtet dem Parlament jedes Jahr im Rahmen der Vorstellung des Haushaltes über die Verwaltung des Fonds.»

Art. 56 - Abänderung des Dekretes vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Artikel 2 und 3 des Dekretes vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Programmdekret vom 7. Januar 2002, werden aufgehoben.

KAPITEL XI – *Schlussbestimmungen*

Art. 57 - Übergangsbestimmungen

Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf Anfragen auf die in den Artikeln 36-38 des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 erwähnten Prämien, für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekretes noch keine definitive Zusage vorliegt, wobei das Anrecht auf eine Prämie gewahrt bleibt, auch wenn die Arbeiten bereits vor Inkraft-Treten des vorliegenden Dekretes begonnen wurden.

Art. 58 - In-Kraft-Treten

Vorliegendes Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft, mit Ausnahme von

- den Artikeln 1, 24, 33, 34, 35, 39, 40, die mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft treten;
- Artikel 42, der mit Wirkung vom 9. Juni 2006 in Kraft tritt;
- Artikel 54, der am 1. Januar 2008 in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.
Eupen, den 25. Juni 2007

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für lokale Behörden

B. GENTGES,

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus

O. PAASCH,

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS,

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—
Note

(1) *Sitzungsperiode 2006-2007*

Dokumente des Parlamentes. – Dekretvorschlag 98, nr. 1 — Abänderungsvorschläge 98, nr. 2-6. — Bericht 98, nr. 7 — Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen. Text 98, nr. 8.

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung — Sitzung vom 25. Juni 2007 (1)

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2007 — 4265

[C — 2007/33070]

25 JUIN 2007. — Décret-programme 2007 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Emploi*Section 1^{re}. — Généralités

Article 1^{er}. Modification de la loi-programme du 30 décembre 1988.

Dans le titre III de la loi-programme du 30 décembre 1988, il est inséré en ce qui concerne la Communauté germanophone un chapitre II^{ter}, libellé comme suit :

« CHAPITRE I^{er}. — Règles relatives aux travailleurs contractuels subventionnés en Communauté germanophone

Article 101^{quater}. Par dérogation à l'article 93, alinéa 3, a), les associations sans but lucratif peuvent occuper des travailleurs contractuels subventionnés si des représentants communaux participent majoritairement à leur fondation ou sont majoritairement représentés au sein de leur conseil d'administration. »

Art. 2. Modification du décret du 5 février 1998

L'article 3, 1^o, du décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o pénétrer sans avertissement, à toute heure du jour et de la nuit, dans tous les lieux de travail et tout lieu relevant de leur contrôle ou dans lesquels sont supposés se trouver des travailleurs soumis aux dispositions légales dont ils doivent vérifier le respect.

Ils ne peuvent toutefois pénétrer dans les locaux habités que moyennant l'autorisation du juge du tribunal de police. »

Art. 3. Abrogation du décret du 31 mai 1990

Le décret de la Région wallonne du 31 mai 1990 créant un programme de promotion de l'emploi spécialement destiné aux chômeurs de longue durée dans le secteur non marchand, modifié par les décrets de la Région wallonne des 19 mai 1994 et 1^{er} avril 1999, et les arrêtés portant exécution dudit décret sont abrogés en ce qui concerne la région de langue allemande.

Art. 4. Subsidés pour des organismes occupant des travailleurs contractuels subventionnés

Dans les limites des crédits budgétaires disponibles à cette fin et d'une convention à conclure avec l'attributaire, le Gouvernement peut octroyer un subside supplémentaire pour le personnel à des organisations qui occupent des travailleurs contractuels subventionnés.

Section 2. — Égalité de traitement sur le marché du travail

Art. 5. Discrimination directe

L'article 2, § 1^{er}, 6^o, du décret du 17 mai 2004 relatif à la garantie de l'égalité de traitement sur le marché du travail est remplacé par la disposition suivante :

« 6^o discrimination directe : il y a discrimination directe lorsqu'une personne, en raison de son sexe, de sa prétendue race, de sa couleur, de son ascendance, de sa nationalité, de son origine nationale ou ethnique, de sa langue, de son orientation sexuelle, de son état civil, de sa naissance, de sa fortune, de son âge, de ses convictions religieuses ou philosophiques, de ses convictions politiques, de son état de santé actuel ou futur, d'un handicap, d'une caractéristique physique ou génétique, ou de son origine sociale, est traitée de manière moins favorable qu'une autre ne l'est, ne l'a été ou ne le serait dans une situation comparable; ».

Art. 6. Discrimination indirecte

L'article 2, § 1^{er}, 7^o, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« 7^o discrimination indirecte : il y a discrimination indirecte lorsque des dispositions, critères ou pratiques apparemment neutres peuvent désavantager une personne par rapport à d'autres en raison de son sexe, de sa prétendue race, de sa couleur, de son ascendance, de sa nationalité, son origine nationale ou ethnique, de sa langue, de son orientation sexuelle, de son état civil, de sa naissance, de sa fortune, de son âge, de ses convictions religieuses ou philosophiques, de ses convictions politiques, de son état de santé actuel ou futur, d'un handicap, d'une caractéristique physique ou génétique, ou de son origine sociale, à moins que ces dispositions, critères ou pratiques ne soient objectivement justifiés par un objectif légitime et que les moyens de réaliser cet objectif ne soient appropriés et nécessaires; ».

Art. 7. Assimilations

L'article 5, § 2, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« § 2. Le harcèlement - à savoir tout comportement importun lié au sexe, à la prétendue race, à la couleur, à l'ascendance, à la nationalité, à l'origine nationale ou ethnique, à la langue, à l'orientation sexuelle, à l'état civil, à la naissance, à la fortune, à l'âge, aux convictions religieuses ou philosophiques, aux convictions politiques, à l'état de santé actuel ou futur, à un handicap, à une caractéristique physique ou génétique, ou à l'origine sociale, et qui a pour but ou pour résultat de porter atteinte à la dignité d'une personne et de créer un environnement intimidant, hostile, dégradant, humiliant ou offensant - est assimilé à une discrimination directe. »

Art. 8. Conditions et critères

L'article 6 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6. Conditions et critères

En ce qui concerne les domaines de l'orientation professionnelle, de l'information sur les professions, de la formation et du perfectionnement professionnels, de la reconversion, de l'accompagnement professionnel et du placement, il est interdit de faire référence au sexe, à la prétendue race, à la couleur, à l'ascendance, à la nationalité, à l'origine nationale ou ethnique, à la langue, à l'orientation sexuelle, à l'état civil, à la naissance, à la fortune, à l'âge, aux convictions religieuses ou philosophiques, aux convictions politiques, à l'état de santé actuel ou futur, à un handicap, à une caractéristique physique ou génétique, ou à l'origine sociale dans les conditions ou critères ou de prévoir dans ces conditions ou critères des caractéristiques qui, sans être en relation directe avec le sexe, la prétendue race, la couleur, l'ascendance, la nationalité, l'origine nationale ou ethnique, la langue, l'orientation sexuelle, l'état civil, la naissance, la fortune, l'âge, les convictions religieuses ou philosophiques, les convictions politiques, l'état de santé actuel ou futur, un handicap, une caractéristique physique ou génétique, ou l'origine sociale, mènent à de la discrimination. »

Art. 9. Informations ou publicité

L'article 7 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 7. Informations ou publicité

Dans les informations et la publicité, il est interdit de présenter l'orientation professionnelle, l'information sur les professions, la formation et le perfectionnement professionnels, la reconversion, l'accompagnement professionnel et le placement comme étant particulièrement appropriés à un groupe déterminé de personnes en raison du sexe, de la prétendue race, de la couleur, de l'ascendance, de la nationalité, de l'origine nationale ou ethnique, de la langue, de l'orientation sexuelle, de l'état civil, de la naissance, de la fortune, de l'âge, des convictions religieuses ou philosophiques, des convictions politiques, de l'état de santé actuel ou futur, d'un handicap, d'une caractéristique physique ou génétique, ou de l'origine sociale. »

Art. 10. Refus de ou entrave à l'accès à l'orientation professionnelle, à l'information sur les professions, à la formation et au perfectionnement professionnels, à la reconversion, à l'accompagnement professionnel et au placement

L'article 8 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 8. Refus de ou entrave à l'accès à l'orientation professionnelle, à l'information sur les professions, à la formation et au perfectionnement professionnels, à la reconversion, à l'accompagnement professionnel et au placement

Il est interdit de refuser ou d'entraver l'accès à l'orientation professionnelle, à l'information sur les professions, à la formation et au perfectionnement professionnels, à la reconversion, à l'accompagnement professionnel et au placement en raison de caractéristiques qui ont un rapport direct ou indirect avec le sexe, la prétendue race, la couleur, l'ascendance, la nationalité, l'origine nationale ou ethnique, la langue, l'orientation sexuelle, l'état civil, la naissance, la fortune, l'âge, les convictions religieuses ou philosophiques, les convictions politiques, l'état de santé actuel ou futur, un handicap, une caractéristique physique ou génétique, ou l'origine sociale. »

Art. 11. Interdiction de discrimination lors de l'accès à la formation

L'article 10 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 10. Interdiction de discrimination lors de l'accès à la formation

Pour l'accès à la formation, il est interdit de prévoir des conditions différentes basées sur le sexe, la prétendue race, la couleur, l'ascendance, la nationalité, l'origine nationale ou ethnique, la langue, l'orientation sexuelle, l'état civil, la naissance, la fortune, l'âge, les convictions religieuses ou philosophiques, les convictions politiques, l'état de santé actuel ou futur, un handicap, une caractéristique physique ou génétique, ou l'origine sociale. »

Art. 12. Interdiction de discrimination lors de l'obtention ou de la délivrance de diplômes divers

L'article 11 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 11. Interdiction de discrimination lors de l'obtention ou de la délivrance de diplômes divers

Il est interdit de soumettre l'obtention ou la délivrance de diplômes, brevets, certificats ou autres titres à des conditions différentes suivant le sexe, la prétendue race, la couleur, l'ascendance, la nationalité, l'origine nationale ou ethnique, la langue, l'orientation sexuelle, l'état civil, la naissance, la fortune, l'âge, les convictions religieuses ou philosophiques, les convictions politiques, l'état de santé actuel ou futur, un handicap, une caractéristique physique ou génétique, ou l'origine sociale. »

Art. 13. Mesures positives

L'article 12 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 12. Mesures positives

Sans préjudice du principe de l'égalité de traitement, des mesures spécifiques peuvent être adoptées ou maintenues, qui contribuent à assurer la pleine égalité dans la vie professionnelle en prévenant ou compensant des désavantages liés au sexe, à la prétendue race, à la couleur, à l'ascendance, à la nationalité, à l'origine nationale ou ethnique, à la langue, à l'orientation sexuelle, à l'état civil, à la naissance, à la fortune, à l'âge, aux convictions religieuses ou philosophiques, aux convictions politiques, à l'état de santé actuel ou futur, à un handicap, à une caractéristique physique ou génétique, ou à l'origine sociale. »

Art. 14. Mesures de protection dans le cadre des relations de travail

Dans le même décret, il est inséré un article 19bis, libellé comme suit :

« Article 19bis Mesures de protection dans le cadre des relations de travail

§ 1^{er}. Lorsque, dans le cadre des relations de travail, une plainte est introduite par ou au bénéfice d'une personne en raison d'une violation des dispositions du présent décret, il est interdit à l'employeur de prendre des mesures préjudiciables à l'encontre de cette personne, à moins que les raisons soient étrangères à la plainte.

§ 2. Pour l'application du présent article, l'on entend notamment par « mesure préjudiciable » la fin du contrat de travail, la modification unilatérale des conditions de travail ou une mesure préjudiciable prise après la rupture du contrat de travail.

§ 3. Au sens du présent article, la locution « introduire une plainte » signifie :

- 1° une plainte motivée introduite par la personne concernée, auprès de l'entreprise ou du service qui l'occupe;
- 2° une plainte motivée introduite par l'une des organisations ou associations mentionnées à l'article 20, alinéa 1^{er}, du présent décret au bénéfice de la personne concernée, auprès de l'entreprise ou du service qui l'occupe;
- 3° une plainte déposée auprès de la juridiction compétente par la personne concernée;
- 4° une plainte déposée auprès de la juridiction compétente par l'une des organisations ou associations mentionnées à l'article 20, alinéa 1^{er}, au bénéfice de la personne concernée.

On entend par la locution « plainte motivée », utilisée aux points 1° et 2° de l'alinéa précédent, une lettre datée, signée, notifiée par recommandé et exposant les faits qui laissent présager une discrimination.

§ 4. Lorsque l'employeur, dans les douze mois de l'introduction de la plainte, prend une mesure préjudiciable à l'encontre de la personne concernée, il lui appartient de prouver que la mesure préjudiciable a été prise pour des raisons étrangères à la plainte.

Lorsqu'une plainte a été introduite devant la juridiction compétente par ou au bénéfice de la personne concernée, le délai de douze mois prévu à l'alinéa précédent est prolongé et expire seulement trois mois après le jour où le jugement est coulé en force de chose jugée.

§ 5. Si l'employeur, conformément au § 1^{er}, prend une mesure préjudiciable à l'encontre de la personne concernée, celle-ci ou l'organisation ou association qui la représente demande sa réintégration dans l'entreprise, dans le service ou au poste de travail aux conditions préalablement en vigueur.

La demande est introduite par recommandé dans les trente jours suivant la notification du licenciement avec ou sans préavis, ou de la modification unilatérale des conditions de travail. L'employeur doit prendre position dans les trente jours suivant la notification de la demande.

L'employeur qui réintègre la personne concernée dans l'entreprise, dans son précédent service ou poste de travail aux conditions préalablement en vigueur est obligé de payer le traitement perdu en raison du licenciement ou de la modification unilatérale des conditions de travail ainsi que les cotisations y relatives dues par l'employeur et le travailleur.

Le présent paragraphe ne s'applique pas à la mesure préjudiciable prise après la cessation de la relation de travail.

§ 6. A défaut de réintégration conformément au § 5, alinéa 1^{er}, et si la mesure préjudiciable a été jugée contraire aux dispositions du § 1^{er}, l'employeur doit payer une indemnité à la personne concernée, indemnité égale, selon le choix de cette personne, à un forfait représentant six mois de traitement mensuel brut ou au préjudice réellement subi et dont l'ampleur devra dans ce cas être prouvée par l'intéressé.

§ 7. L'employeur est obligé de payer la même indemnité sans que l'intéressé ou l'organisation, association ou organisme qui le représente doive introduire la demande de réintégration conformément au § 5 lorsque :

- 1° la juridiction compétente considère comme établis les faits qui laissent présager une discrimination et qui forment l'objet de la plainte;
- 2° l'intéressé rompt la relation de travail parce que le comportement de l'employeur enfreint le § 1^{er}, ce qui constitue pour l'intéressé un motif de rompre la relation de travail sans préavis et avant terme;
- 3° l'employeur a rompu la relation de travail pour faute grave, la juridiction compétente estimant cependant cette rupture non fondée et contraire au § 1^{er}.

§ 8. Lorsque la mesure préjudiciable a été prise après la rupture de la relation de travail et qu'elle enfreint le § 1^{er}, l'employeur doit payer à la victime l'indemnité prévue au § 6.

§ 9. La protection prévue dans le présent article est également applicable aux personnes qui, dans le cadre de plaintes introduites conformément au § 3, interviennent au titre de témoin.

§ 10. Les dispositions du présent article s'appliquent également à toutes les personnes qui ne sont pas des employeurs mais exercent une certaine forme d'autorité sur les intéressés. »

Art. 15. Mesures de protection en dehors de la relation de travail

Dans le même décret, il est inséré un article 19^{ter}, libellé comme suit :

« Article 19^{ter}. Mesures de protection en dehors de la relation de travail

§ 1^{er}. Lorsque, en dehors de la relation de travail, une plainte est introduite par ou au bénéfice d'une personne en raison d'une violation des dispositions du présent décret, il est interdit au défendeur de prendre des mesures préjudiciables à l'encontre du plaignant, à moins que les raisons soient étrangères à la plainte.

§ 2. Au sens du présent article, la locution « introduire une plainte » signifie :

- 1° une plainte motivée introduite auprès de l'intermédiaire par la personne concernée;
- 2° une plainte motivée introduite auprès de l'intermédiaire par l'une des organisations ou associations mentionnées à l'article 20, alinéa 1^{er}, du présent décret au bénéfice de la personne concernée;
- 3° une plainte déposée auprès de la juridiction compétente par la personne concernée;
- 4° une plainte déposée auprès de la juridiction compétente par l'une des organisations ou associations mentionnées à l'article 20, alinéa 1^{er}, du présent décret au bénéfice de la personne concernée.

On entend par la locution « plainte motivée », utilisée aux points 1° et 2° de l'alinéa précédent, une lettre datée, signée, notifiée par recommandé et exposant les faits qui laissent présager une discrimination.

§ 3. Lorsque, dans les douze mois de l'introduction de la plainte, une mesure préjudiciable a été prise à l'encontre de la personne concernée, il appartient au défendeur de prouver que la mesure préjudiciable a été prise pour des raisons étrangères à la plainte.

Lorsqu'une plainte a été introduite devant la juridiction compétente par ou au bénéfice de la personne concernée, le délai de douze mois prévu à l'alinéa précédent est prolongé et expire seulement trois mois après le jour où le jugement est coulé en force de chose jugée.

§ 4. Si la mesure préjudiciable a été jugée contraire aux dispositions du § 1^{er}, l'auteur de la discrimination doit payer une indemnité à la personne concernée, indemnité égale, selon le choix de cette personne, à un forfait de 650 EUR ou au préjudice réellement subi et dont l'ampleur devra dans ce cas être prouvée par l'intéressé.

§ 5. La protection prévue dans le présent article est également applicable aux personnes qui, dans le cadre de plaintes introduites conformément au § 2, interviennent au titre de témoin.

§ 6. A la demande du défendeur, la juridiction saisie conformément au § 2 peut réduire les délais prévus au § 3. »

Art. 16. Autorisation d'ester en justice accordée à des organisations

Dans l'article 20, alinéa 1^{er}, 1^o, du même décret, le passage « depuis au moins cinq ans » est supprimé.

Section 3. — Office de l'emploi

Art. 17. Modification du décret du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone

L'article 2 du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone est complété par un § 5, libellé comme suit :

« § 5. Le Gouvernement peut fixer des conditions-cadres pour l'exercice des missions mentionnées dans le présent article. »

CHAPITRE II. — Santé et affaires sociales

Art. 18. Adoption internationale

L'article 1^{er}, 1^o, du décret du 21 décembre 2005 relatif à l'adoption est remplacé par la disposition suivante :

« 1^o adoption internationale : toute adoption simple ou plénière d'une personne

— qui a été, est ou devra être déplacée de son état d'origine vers la Belgique, soit après son adoption dans cet état par une ou des personnes résidant habituellement en Belgique, soit en vue d'une telle adoption en Belgique ou dans cet état ou

— qui réside habituellement en Belgique et a été, est ou devra être déplacée dans un autre état, soit après son adoption en Belgique par une ou des personnes résidant habituellement dans cet autre état, soit en vue d'une telle adoption en Belgique ou dans cet autre état ou

— qui vit en Belgique sans être autorisée à s'y installer ou y séjourner plus de trois mois en vue d'être adoptée par une ou des personnes qui y résident habituellement; ».

Art. 19. Adoption

L'article 13 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 13. Dès que les parents d'origine ne peuvent plus s'occuper de l'enfant et tant qu'ils n'ont pas marqué leur consentement pour confier l'enfant à l'adoption, tel que visé à l'article 348-4 du Code civil, c'est l'autorité centrale qui prend toute mesure appropriée pour le bien de l'enfant dans le cadre des conditions fixées par le Gouvernement.

Tout service informé du fait que des parents souhaitent confier un enfant à l'adoption en informe immédiatement l'autorité centrale. »

Art. 20. Modification du décret du 9 mai 1988

L'article *6bis* du décret du 9 mai 1988 visant la reprise de certains membres du personnel de l'Oeuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans, inséré par le décret du 21 janvier 1991 et modifié par le décret du 20 février 2006, est modifié comme suit :

— le § 1^{er}, alinéa 2, est complété par la disposition suivante :

« 4^o les recettes qui résultent de l'application des articles 9, 11, 17, § 6, 25 et 27, du décret du 21 décembre 2005 relatif à l'adoption. »

— le § 2 est complété comme suit : « De plus, les ressources du fonds peuvent être utilisées en vue de couvrir des frais encourus dans le cadre d'une adoption interne. »

Art. 21. Accueil d'urgence

L'article 21 du décret du 9 mai 1994 portant agrégation d'institutions accueillant et encadrant provisoirement des personnes en détresse et portant octroi de subsides en vue de l'expropriation, l'achat, la construction, la location, la remise en état et l'équipement d'habitations destinées à l'accueil d'urgence est abrogé.

Art. 22. CPAS

Dans l'article 12 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'action sociale, modifié par les lois des 29 décembre 1988 et 5 août 1992 ainsi que par le décret du 19 septembre 2006, le passage « qui suit l'installation du conseil communal » est supprimé sans être remplacé.

Art. 23. Office pour les personnes handicapées

L'article 7 du décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), modifié par les décrets des 16 décembre 2003 et 17 mai 2004, est complété par l'alinéa suivant :

« Un représentant de la division compétente du Ministère de la Communauté germanophone, désigné par le Gouvernement, fait partie du conseil d'administration où il a voix consultative ».

Art. 24. Aide à la jeunesse

L'article 8, § 1^{er}, du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse est complété par l'alinéa suivant :

« Par dérogation au deuxième alinéa, les membres du conseil de l'aide à la jeunesse désignés par l'arrêté du Gouvernement du 23 août 2001, modifié par les arrêtés des 19 mai 1993 et 26 avril 2005, poursuivent leur mandat jusqu'à une date fixée par le Gouvernement. »

Art. 25. Promotion de la santé

L'article 8, § 2, du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé, modifié par le décret du 21 mars 2005, est complété comme suit :

« — un représentant de la division du Ministère de la Communauté germanophone compétente en matière d'affaires culturelles. »

CHAPITRE III. — *Médias***Art. 26.** Obligation d'enregistrement

L'article 30 du décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques est complété par les alinéas suivants :

« Le projet de reprendre des parties de programme fournies doit être joint à la demande d'agrément. Des modifications et la cessation de cette reprise doivent être communiquées au moins quatre mois au préalable au Gouvernement et au Conseil des médias.

La reprise de programmes musicaux ininterrompus est interdite. »

Art. 27. Mise en réseau de radios locales

§ 1^{er}. L'article 32, 2^o, deuxième phrase, du même décret est remplacé par la disposition suivante : « Les autres parties du programme peuvent être produites en collaboration avec d'autres radios locales agréées, être reprises de leur propre production ou fournies par des tiers. » et complété par la disposition suivante :

« Il est toutefois interdit que

- a) plusieurs radios locales diffusent des parties de programme d'un seul et même tiers;
- b) que des radios locales diffusent des parties de programme d'une radio régionale agréée en vertu de ce décret. »

§ 2. L'article 33 du même décret est abrogé.

Art. 28. Must carry

L'article 81 du même décret est complété par un § 3, libellé comme suit :

« § 3. Le respect des obligations mentionnées dans cet article est contrôlé tous les trois ans et pour la première fois le 31 mars 2008 par la chambre décisionnelle. Cette disposition sert à transposer l'article 31, alinéa 1^{er}, de la Directive 2002/22/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 mars 2002 concernant le service universel et les droits des utilisateurs au regard des réseaux et services de communications électronique (directive « service universel »).

Art. 29. Chambre décisionnelle

L'article 110, alinéa 1^{er}, du même décret est complété par la disposition suivante :

« 4^o la dotation annuelle octroyée par la Communauté germanophone, dont les modalités de liquidation peuvent déroger à l'article 2 du décret-programme du 4 mars 1996. »

Art. 30. Composition de la chambre consultative

L'article 111, § 1^{er}, alinéa 2, 5^o, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« 5^o un membre par opérateur enregistré de réseaux de communications électroniques et fournisseur de services de communications électroniques, proposé par chacun d'eux; »

CHAPITRE IV. — *Protection des monuments et sites*

Art. 31. Secrétariat de la Commission royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites

L'article 3, alinéa 2, du décret du 14 mars 1994 relatif à la Commission royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites est remplacé par la disposition suivante :

« Le Ministère de la Communauté germanophone assure le secrétariat et la consultance technique. »

Art. 32. Délais d'avis

Dans l'article 5 du même décret, le nombre « 45 » est remplacé par « 30 ».

CHAPITRE V. — *Formation des jeunes et des adultes***Art. 33.** Nombre d'ateliers créatifs par commune

L'article 1, alinéa 1^{er}, du décret du 16 décembre 2003 relatif à la promotion des ateliers créatifs est complété par la disposition suivante : « Par commune, le Gouvernement ne peut subsidier plus d'un atelier créatif. L'atelier doit avoir son siège dans cette commune. »

Art. 34. Double emploi évité

L'article 3 du même décret est modifié comme suit :

- au 1^o, le passage « en région de langue allemande » est remplacé par « dans la commune concernée »;
- au 4^o, le mot « infrastructure » est remplacé par « infrastructure permanente dans la commune concernée »;
- il est inséré un point 10^o, libellé comme suit : « 10^o se distinguer d'autres offres culturelles et de loisirs soutenues par la Communauté germanophone. »

Art. 35. Subventionnement d'animateurs

L'article 2, alinéa 2, du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, inséré par le décret du 7 janvier 2002, est remplacé par la disposition suivante :

« De plus, les primes syndicales ainsi que le remboursement des frais de déplacement peuvent être considérés comme frais de personnel subsidiables, respectivement à concurrence de 54,54 EUR et de 50% de l'abonnement social. »

CHAPITRE VI. — *Tourisme***Art. 36.** Redevances pour établissements hôteliers

L'article 30, 4°, du décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers est abrogé.

Art. 37. Inspection des établissements hôteliers

L'article 32, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret est complété par une deuxième phrase, libellée comme suit : « Par « agent » au sens du présent décret, on entend les fonctionnaires et les agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone. »

Art. 38. Bureaux d'information

L'article 9, alinéa 3, du décret du 17 février 2003 relatif à la reconnaissance et à la promotion des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faitières, ainsi que des bureaux d'information et points d'information, est complété par la disposition suivante : « De plus, le Gouvernement ne peut subventionner plus de deux bureaux d'information pour les communes d'Eupen, Raeren, La Calamine et Lontzen et deux pour les communes de Saint-Vith, Amblève, Burg-Reuland, Butgenbach et Bullange. »

Art. 39. Subsidies pour des mesures de formation continue

Dans le même décret, il est inséré un nouvel article 13*bis*, libellé comme suit :

« Article 13*bis* Subventions pour des mesures de formation continue

Il est octroyé chaque année aux pouvoirs organisateurs d'un bureau d'information un subside pour des mesures de formation continue en faveur du personnel y occupé. Ce subside s'élève au plus à 50 % des dépenses engagées pour des mesures de formation continue et effectivement justifiées, avec un maximum de 2.000 EUR.

Il est octroyé chaque année aux pouvoirs organisateurs d'un point d'information un subside pour des mesures de formation continue en faveur du personnel y occupé. Ce subside s'élève au plus à 50 % des dépenses engagées pour des mesures de formation continue et effectivement justifiées, avec un maximum de 500 EUR. »

Art. 40. Modalités de subsidiation

Dans l'article 14 du même décret, le passage « 12 et 13 » est remplacé par « 12, 13 et 13*bis* ».

Art. 41. Extincteurs

L'article 8, § 2, alinéa 1^{er}, du décret du 9 mai 1994 sur le camping et les terrains de camping est remplacé par la disposition suivante :

« Les extincteurs visés au § 1^{er}, 1°, doivent répondre aux exigences de base en matière de sécurité :

1° les extincteurs mis sur le marché avant le 29 mai 1997 doivent :

— s'ils ont été fabriqués en Belgique, être munis du label de conformité BENOR;

— s'ils ont été fabriqués dans un autre état membre de la Communauté européenne, satisfaire aux prescriptions applicables dans cet état en matière de méthode de vérification et de classification ainsi qu'aux conditions à remplir quant aux caractéristiques précises de l'extincteur, telles que la composition et la taille;

2° les extincteurs mis sur le marché après le 29 novembre 1999 doivent être munis du label et de la déclaration de conformité conformément à la directive 97/23/EG du Parlement européen et du Conseil concernant le rapprochement des législations des états membres relatives aux équipements sous pression et satisfont à la norme EN3;

3° en ce qui concerne les extincteurs qui ont été mis sur le marché entre le 29 mai 1997 et le 29 novembre 1999, il faut apporter au choix la preuve visée au 1° ou au 2°.

Pour le surplus, les extincteurs doivent être contrôlés annuellement par un expert. »

CHAPITRE VII. — *Sport***Art. 42.** Statut des tireurs sportifs

L'article 14, alinéa 1^{er}, du décret du 20 novembre 2006 relatif au statut des tireurs sportifs est remplacé par la disposition suivante :

« Les tireurs sportifs qui, lors de l'entrée en vigueur du présent décret, sont membres actifs d'un cercle de tir depuis au moins 5 ans disposent d'un délai de douze mois pour introduire une demande de licence de tireur sportif. Dans ce cas, la fédération délivre la licence sur présentation des documents mentionnés à l'article 7, l'attestation de réussite de l'épreuve technique pouvant être remplacée par la preuve de la capacité de se servir d'une arme à feu en toute sécurité, vérifiée par la fédération. »

CHAPITRE VIII. — *Infrastructure***Art. 43.** Installations d'épuration

L'article 2, alinéa 1^{er}, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, modifié par les décrets des 21 mars 2005 et 20 février 2006, est complété par la disposition suivante :

10° les installations d'épuration. »

Art. 44. Modification de l'article 10 du décret relatif à l'infrastructure

L'article 10, alinéa 1^{er}, du même décret, est remplacé par la disposition suivante :

« Pour être subsidiable, tout projet d'infrastructure doit être inscrit au plan d'infrastructure, à l'exception du projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, et des projets d'infrastructure relatifs à des terrains de camping, des établissements hôteliers ou des maisons de vacances, mentionnés aux articles 36 à 38. »

Art. 45. Modification de l'article 11 du décret relatif à l'infrastructure

L'article 11, alinéa 1^{er}, du même décret, est modifié comme suit :

— au 1°, les mots « ou des terrains de camping » sont supprimés sans être remplacés;

— il est inséré un point *1bis*, libellé comme suit :

« *1bis* les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, et 3° à 10°, et relatifs à des terrains de camping; ».

Art. 46. Modification de l'article 17 du décret relatif à l'infrastructure

L'article 17 du même décret, modifié par les décrets des 3 février 2003, 21 mars 2005 et 20 février 2006, est modifié comme suit :

— au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le passage « 7° à 9° » est remplacé par « 7° à 10° »;

— le § 3, alinéa 2, est complété par la disposition suivante : « ni aux primes pour terrains de camping, établissements hôteliers ou maisons de vacances mentionnées aux articles 36, 37 et 38. »

Art. 47. Modification de l'article 24 du décret relatif à l'infrastructure

Dans l'article 24, § 2, alinéa 3, la date du « 30 septembre » est remplacée par la date du « 15 septembre ».

Art. 48. Demande de primes pour terrains de camping, établissements hôteliers ou maisons de vacances

Au chapitre I^{er}, la section 5 est complétée par une sous-section 3 comprenant l'article 24*bis* et libellée comme suit :

« Sous-section 3. — Procédure de demande de primes pour terrains de camping, établissements hôteliers ou maisons de vacances

Article 24*bis* Primes pour terrains de camping, établissements hôteliers ou maisons de vacances

§ 1^{er}. Par dérogation aux articles 19 à 23, les règles suivantes s'appliquent à la demande des primes mentionnées aux articles 36 à 38 :

Le demandeur introduit auprès du Gouvernement une demande d'octroi d'une prime, accompagnée des documents suivants :

1° des données d'identité du demandeur;

2° le titre de propriété ou une copie du contrat de bail, de bail emphytéotique ou du contrat de louage à domaine congéable relatif au bien immobilier concerné;

3° une description détaillée des travaux envisagés ainsi que la preuve de l'utilité et du besoin;

4° la preuve de l'éventuelle déductibilité de la TVA;

5° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par la prime de la Communauté germanophone et le remboursement de la prime sont assurés;

6° les devis ou le cahier des charges avec estimation détaillée des coûts.

Après réception de l'accusé de réception de la demande complète, le demandeur peut commencer les travaux sans perdre le droit à une prime.

§ 2. Le Gouvernement statue sur la demande et octroie, le cas échéant, sa promesse pour un montant de prime maximal. Le cas échéant, celui-ci sera adapté sur la base du décompte final. »

Art. 49. Terrains de camping

L'article 36 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 36. Par dérogation aux articles 1, 4, 14, 16 et 18, § 2, le Gouvernement octroie, pour des projets d'infrastructure relatifs à des terrains de camping, des primes remboursables aux conditions prévues à l'article 39 dans les 10 ans de leur liquidation.

Seuls les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 10°, entrent en ligne de compte pour l'octroi d'une prime pour terrains de camping.

Pour les projets dont le coût total est inférieur ou égal à 500.000 EUR, cette prime représente 30 % du montant total des dépenses acceptables, à concurrence de 50.000 EUR. Pour les projets dont le coût total est supérieur à 500.000 EUR, cette prime est de 100.000 EUR.

Pour un même terrain de camping, une autre prime ne pourra être accordée que lorsqu'au moins trois huitièmes de la prime précédente auront été remboursés. »

Art. 50. Etablissements hôteliers

L'article 37 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 37. Par dérogation aux articles 1, 4, 14, 16 et 18, § 2, le Gouvernement octroie, pour des projets d'infrastructure relatifs à des établissements hôteliers, des primes remboursables aux conditions prévues à l'article 39 dans les 10 ans de leur liquidation.

Seuls les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 9°, entrent en ligne de compte, et uniquement pour des établissements hôteliers et d'hébergement qui disposent d'un bain et d'un WC dans chaque chambre.

Pour les projets dont le coût total est inférieur ou égal à 500.000 EUR, cette prime représente 30 % du montant total des dépenses acceptables, à concurrence de 50.000 EUR. Pour les projets dont le coût total est supérieur à 500.000 EUR, cette prime est de 100.000 EUR.

Pour un même établissement hôtelier, une autre prime ne pourra être accordée que lorsqu'au moins trois huitièmes de la prime précédente auront été remboursés. »

Art. 51. Maisons de vacances

L'article 38 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 38. Par dérogation aux articles 1, 4, 14, 16 et 18, § 2, le Gouvernement octroie, pour des projets d'infrastructure relatifs à des maisons de vacances, des primes remboursables aux conditions prévues à l'article 39 dans les 10 ans de leur liquidation.

Seuls les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 9°, entrent en ligne de compte pour l'octroi d'une prime.

La prime pour maisons de vacances n'est octroyée que lorsque

— le demandeur n'est pas une société commerciale;

— le coût total du projet est au moins égal à 25.000 EUR;

— la maison de vacances est au moins classée dans la catégorie « 3 épis » ou répondra au moins aux conditions de classement dans cette catégorie après l'achèvement des travaux pour lesquels la prime est demandée.

La prime pour maisons de vacances s'élève à 7.500 EUR.

Cette prime n'est accordée qu'une fois par maison de vacances autonome. Des primes sont octroyées à un demandeur pour maximum cinq maisons de vacances. Des cohabitants sont considérés comme un seul demandeur. »

Art. 52. Remboursement des primes pour hôtels, campings et maisons de vacances

Dans le même décret, il est inséré un article 38bis, libellé comme suit :

« Article 38bis Remboursement des primes pour hôtels, campings et maisons de vacances

Avant le 31 octobre de chaque année, et au plus tard avant le 31 octobre de la troisième année calendrier suivant la liquidation du montant total des primes visées aux articles 36 à 38, le bénéficiaire rembourse au moins un huitième de la prime, majoré de 1,5 % du solde effectif de la dette avant paiement de la tranche correspondante.

Des intérêts de retard au taux légal sont dus dès que le retard de paiement de la tranche dépasse 30 jours calendrier. »

Art. 53. Modification de l'arrêté du 4 février 2003

Les articles 22 et 23 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 4 février 2003 portant exécution du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure sont abrogés.

CHAPITRE IX. — *Pouvoirs locaux***Art. 54.** Dotation communale

L'article 30 du décret-programme du 21 mars 2005 est modifié comme suit :

1° au premier alinéa, l'année « 2007 » est remplacée par « 2008 »;

2° il est complété par les alinéas suivants :

« Lorsque le calcul prévu au premier alinéa implique qu'une commune recevrait plus de 80 % du montant moyen par habitant, la dotation est limitée à ce montant. C'est le nombre d'habitants au 1^{er} janvier 2007 qui sert pour le calcul.

Les moyens excédentaires sont répartis entre les communes ayant les montants les plus bas par habitant. D'abord, la commune ayant le montant le plus bas par habitant reçoit la différence par rapport à la commune avec le montant par habitant immédiatement supérieur. Ensuite, chaque commune reçoit la différence par rapport à la commune ayant le montant immédiatement supérieur. »

CHAPITRE X. — *Fonds budgétaires*

Art. 55. Modification du décret du 17 janvier 1994 portant création de fonds budgétaires supplémentaires de la Communauté germanophone

L'article 1^{er} du décret du 17 janvier 1994 portant création de fonds budgétaires supplémentaires de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 7 janvier 2002, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 1^{er}. § 1^{er}. Il est créé un Fonds pour le financement de primes, crédits et participations remboursables. Il correspond à un fonds budgétaire conformément à l'article 45 de la législation sur la comptabilité de l'Etat, coordonnée par l'arrêté royal du 17 juillet 1991.

§ 2. Le Fonds pour le financement de primes, crédits et participations remboursables peut disposer de recettes émanant de l'accomplissement des missions du fonds et dans la mesure où, de par leur spécificité, elles ne doivent pas plutôt être inscrites sous un autre fonds budgétaire, en particulier :

1° le remboursement des participations ou crédits consentis à « Ostbelgieninvest » ou à d'autres sociétés commerciales;

2° le remboursement, par la société régionale du logement, des prêts consentis aux sociétés agréées;

3° les primes remboursées en vertu du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;

4° la part de la dotation globale prévue au budget des recettes de la Communauté germanophone comme recettes affectées pour remplir les missions du fonds;

5° les bénéfices, intérêts ou plus-values produits par la gestion de ces moyens financiers.

§ 3. Dans la mesure où les dépenses éventuelles, de par leur spécificité, ne doivent pas plutôt être inscrites sous un autre fonds budgétaire, les moyens financiers du Fonds pour le financement de primes, crédits et participations remboursables peuvent être utilisés pour :

1° le paiement des primes accordées en vertu du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;

2° le paiement de participations ou crédits à des sociétés commerciales;

3° le paiement de prêts ou avances à des organismes, associations sans but lucratif ou autres pouvoirs organisateurs de services prestés pour ordre de la Communauté.

§ 4. Le Gouvernement de la Communauté germanophone désigne un comptable.

§ 5. Chaque année, le Gouvernement rend rapport de la gestion du fonds au Parlement dans le cadre de la présentation du budget. »

Art. 56. Modification du décret du 17 janvier 1994 portant création de fonds budgétaires supplémentaires de la Communauté germanophone

Les articles 2 et 3 du décret du 17 janvier 1994 portant création de fonds budgétaires supplémentaires de la Communauté germanophone, modifiés par le décret-programme du 7 janvier 2002, sont abrogés.

CHAPITRE XI. — *Dispositions finales*

Art. 57. Dispositions transitoires

Le présent décret est applicable aux demandes relatives aux primes visées aux articles 36 à 38 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure pour lesquelles, au moment de l'entrée en vigueur du présent décret, aucune promesse ferme n'a encore été obtenue, le droit à une prime restant maintenu, même si les travaux ont déjà été entamés avant l'entrée en vigueur du présent décret.

Art. 58. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption, à l'exception

— des articles 1, 24, 33, 34, 35, 39 et 40, lesquels produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2007;

— de l'article 42, lequel produit ses effets le 9 juin 2006;

— de l'article 54, lequel entre en vigueur le 1^{er} janvier 2008.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 25 juin 2007.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux.

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme.

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique.

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

—
Note

(1) *Session 2006-2007.*

Documents parlementaires. — Proposition de décret 98, n° 1. — Propositions d'amendement 98, n° 2-6. — Rapport 98, n° 7. — Proposition d'amendement au texte adopté par la commission 98, n° 8.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 25 juin 2007.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2007 — 4265

[C — 2007/33070]

25 JUNI 2007. — Programmadecreet 2007 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Tewerkstelling**Afdeling 1. — Algemeenheden***Artikel 1.** Wijziging van de programmawet van 30 december 1988

In titel III van de programmawet van 30 december 1988 wordt voor de Duitstalige Gemeenschap een hoofdstuk II^{ter} ingevoegd, luidend als volgt :

« HOOFDSTUK II^{ter}. — Regels betreffende de gesubsidieerde contractuelen in de Duitstalige Gemeenschap

Artikel 101^{quater}. In afwijking van artikel 93, lid 3, a) mogen de verenigingen zonder winstgevend doel gesubsidieerde contractuelen tewerkstellen, voor zover hoofdzakelijk vertegenwoordigers van de gemeente aan de oprichting ervan deelnemen en in hun raad van beheer de meerderheid van de leden vormen. »

Art. 2. Wijziging van het decreet van 5 februari 1998

Artikel 3, 1°, van het decreet van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 1° op elk ogenblik van de dag of de nacht, zonder voorafgaande verwittiging, vrij binnentreden in alle werkplaatsen of andere lokalen die aan hun toezicht onderworpen zijn of waarvan zij redelijkerwijze kunnen vermoeden dat daar personen tewerkgesteld worden die onderworpen zijn aan wettelijke bepalingen op de naleving waarvan zij toezicht moeten houden.

De bewoonde lokalen mogen ze echter slechts met de voorafgaande machtiging van de rechter van de politierechtbank binnendringen ».

Art. 3. Opheffing van het decreet van 31 mei 1990

Het decreet van het Waalse Gewest van 31 mei 1990 houdende instelling van een programma tot bevordering van de werkgelegenheid dat bijzonder bestemd is voor langdurige werklozen in de niet-commerciële sector, gewijzigd bij de decreten van het Waalse Gewest van 19 mei 1994 en 1 april 1999, en de uitvoeringsbesluiten ervan worden opgeheven.

Art. 4. Subsidies toegekend aan organisaties die gesubsidieerde contractuelen tewerkstellen

In het kader van de te dien einde beschikbare begrotingsmiddelen en van een met de rechthebbende af te sluiten overeenkomst ka de Regering aan organisatie die gesubsidieerde contractuelen tewerkstellen, een bijkomende subsidie voor de personeelskosten toekennen.

*Afdeling 2. — Gelijke behandeling op de arbeidsmarkt***Art. 5.** Directe discriminatie

Artikel 2, § 1, 6°, van het decreet van 17 mei 2004 betreffende de garantie van een gelijke behandeling op de arbeidsmarkt wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 6° directe discriminatie : er is sprake van directe discriminatie wanneer iemand op grond van geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst ongunstiger wordt behandeld dan een ander in een vergelijkbare situatie wordt, is of zou worden behandeld ».

Art. 6. Indirecte discriminatie

Artikel 2, § 1, 7°, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 7° indirecte discriminatie : er is sprake van indirecte discriminatie wanneer ogenschijnlijk neutrale bepalingen, maatstaven of handelwijzen personen van een bepaald geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst in vergelijking met andere personen bijzonder kunnen benadelen, tenzij die bepalingen, maatstaven of handelwijzen objectief worden gerechtvaardigd door een legitiem doel, waarbij de middelen voor het bereiken van dat doel passend en noodzakelijk moeten zijn ».

Art. 7. Gelijkstellingen

Artikel 5, § 2, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 2. Intimidatie - t.w. elk ongewenst gedrag dat verband houdt met geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst en tot doel of gevolg heeft dat de waardigheid van de betrokken persoon wordt aangetast en een bedreigende, vijandige, beledigende, vernederende of kwetsende omgeving wordt gecreëerd - wordt met directe discriminatie gelijkgesteld. »

Art. 8. Voorwaarden en criteria

Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 6. Voorwaarden en criteria

Wat de gebieden » beroepsoriëntering », » beroepskeuzevoorlichting », » beroepsopleiding en -vervolmaking », » omscholing », » loopbaanbegeleiding » en » arbeidsbemiddeling » betreft, is het verboden in de voorwaarden of criteria naar geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst te verwijzen of in die voorwaarden of criteria als criteria kenmerken op te nemen die, zelfs zonder uitdrukkelijke verwijzing naar geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst tot discriminatie leiden. »

Art. 9. Informatie of publiciteit

Artikel 7 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 7. Informatie of publiciteit

In de informatie of de publiciteit is het verboden de beroepsoriëntering, de beroepskeuzevoorlichting, de beroepsopleiding en -vervolmaking, de omscholing, de loopbaanbegeleiding en de arbeidsbemiddeling voor te stellen als meer in het bijzonder geschikt voor een bepaalde groep personen op grond van een bepaald geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst discriminatiekenmerk. »

Art. 10. Weigering of verzwaring van de toegang tot de beroepsoriëntering, de beroepskeuzevoorlichting, de beroepsopleiding en -vervolmaking,, de omscholing, de loopbaanbegeleiding en de arbeidsbemiddeling

Artikel 8 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 8. Weigering of verzwaring van de toegang tot de beroepsoriëntering, de beroepskeuzevoorlichting, de beroepsopleiding en -vervolmaking,, de omscholing, de loopbaanbegeleiding en de arbeidsbemiddeling

Het is verboden de toegang tot de beroepsoriëntering, de beroepskeuzevoorlichting, de beroepsopleiding en -vervolmaking, de omscholing, de loopbaanbegeleiding en de arbeidsbemiddeling wegens kenmerken te weigeren of te verzwaren direct of indirect verband houden met geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst. »

Art. 11. Verbod van discriminatie bij de toegang tot opleiding

Artikel 10 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 10. Verbod van discriminatie bij de toegang tot opleiding

Voor de toegang tot opleiding is het verboden uiteenlopende voorwaarden op te leggen die op geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst steunen. »

Art. 12. Verbod van discriminatie bij het behalen of uitreiken van alle soorten diploma's

Artikel 11 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 11. Verbod van discriminatie bij het behalen of uitreiken van alle soorten diploma's.

Voor het behalen of uitreiken van alle soorten diploma's, brevetten, getuigschriften of titels is het verboden uiteenlopende voorwaarden op te leggen die op geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst steunen. »

Art. 13. Positieve maatregelen

Artikel 12 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 12. Positieve maatregelen

Niettegenstaande het beginsel van gelijke behandeling kunnen specifieke maatregelen worden getroffen of gehandhaafd die ertoe bijdragen de volledige gelijkheid in het beroepsleven te waarborgen door nadelen te voorkomen of te compenseren die verband houden met geslacht, een zogenaamd ras, huidskleur, afstamming, nationale of etnische afkomst, taal, seksuele geaardheid, burgerlijke stand, geboorte, fortuin, leeftijd, geloof of levensbeschouwing, politieke overtuiging, huidige of toekomstige gezondheidstoestand, een handicap, een fysieke of genetische eigenschap, of sociale afkomst. »

Art. 14. Beschermingsmaatregelen in het kader van de arbeidsbetrekkingen

In hetzelfde decreet wordt een artikel 19bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 19bis Beschermingsmaatregelen in het kader van de arbeidsbetrekkingen

§ 1. Wanneer, in het kader van de arbeidsverhoudingen, een klacht wordt ingediend door of ten voordele van een persoon wegens een overtreding van de bepalingen van dit decreet mag de werkgever geen nadelige maatregelen treffen ten aanzien van deze persoon, behalve om redenen die vreemd zijn aan de klacht.

§ 2. Voor de toepassing van dit artikel wordt onder « nadelige maatregel » onder meer verstaan de beëindiging van de arbeidsovereenkomst, de eenzijdige wijziging van de arbeidsvoorwaarden of een nadelige maatregel getroffen na de beëindiging van de arbeidsovereenkomst.

§ 3. In de zin van dit artikel wordt onder de uitdrukking « een klacht indienen » verstaan :

1° een met redenen omklede klacht ingediend door de betrokkene op het vlak van de onderneming of de dienst die haar tewerkstelt;

2° een met redenen omklede klacht ingediend ten voordele van de betrokkene door de in artikel 20, lid 1, van dit decreet vermelde organisaties of verenigingen bij de onderneming of de dienst die haar tewerkstelt;

3° een rechtsvordering ingesteld door de betrokkene bij het bevoegde rechtscollege.

4° een rechtsvordering ingesteld ten voordele van de betrokkene door de in artikel 20, lid 1, van dit decreet vermelde organisaties of verenigingen bij het bevoegde rechtscollege.

In de zin van het in het voorafgaande lid, onder de punten 1° en 2°, vermelde begrip « met redenen omklede klacht » wordt verstaan een gedateerde, ondertekende en bij post ter kennis gebrachte aangetekende brief waarin de feiten van de vermeende discriminatie worden uiteengezet.

§ 4. Wanneer de werkgever nadelige maatregelen treft ten aanzien van de persoon binnen de twaalf maanden na het indienen van de klacht, valt de bewijslast dat de nadelige maatregelen werden getroffen om redenen die vreemd zijn aan de klacht, ten laste van de verweerder.

Indien een rechtsvordering door of ten voordele van de betrokkene vóór het bevoegde rechtscollege werd ingesteld, wordt de in het vorige lid vermelde periode van twaalf maanden verlengd tot drie maanden na de dag waarop de rechterlijke beslissing in kracht van gewijsde is getreden.

§ 5. Wanneer de werkgever overeenkomstig § 1 een nadelige maatregel treft ten aanzien van de betrokkene, verzoekt die persoon of de organisatie of vereniging die haar vertegenwoordigt, haar opnieuw in de onderneming, de dienst of in de functie op te nemen onder dezelfde voorwaarden als voorheen.

Het verzoek wordt bij aangetekende brief binnen dertig dagen na de betekening van de het ontslag met of zonder opzeggingstermijn of van de eenzijdige wijziging van de arbeidsvoorwaarden ingediend. De werkgever moet zich binnen dertig dagen na de betekening van het verzoek erover uitspreken.

De werkgever die de persoon opnieuw in de onderneming, de dienst of de functie opneemt onder dezelfde voorwaarden als voorheen, moet de wegens ontslag of wijziging van de arbeidsvoorwaarden gederfde beloning betalen en de desbetreffende werkgevers- en werknemersbijdragen storten.

Deze paragraaf is niet van toepassing op de nadelige maatregel die na de beëindiging van de arbeidsbetrekking wordt getroffen.

§ 6. Wanneer de persoon niet opnieuw in de dienst wordt opgenomen overeenkomstig § 5, lid 1, en werd er geoordeeld dat de nadelige maatregel in overtreding is met de bepalingen van § 1, dan moet de werkgever aan de betrokkene een vergoeding betalen die, naar keuze van die persoon, gelijk is hetzij aan een forfaitair bedrag dat overeenstemt met de bruto beloning voor zes maanden, hetzij aan de werkelijk door de betrokkene geleden schade; in laatstgenoemd geval moet de betrokkene de omvang van de geleden schade bewijzen.

§ 7. De werkgever is verplicht dezelfde vergoeding uit te betalen, zonder dat de betrokken persoon of de organisatie, vereniging of instelling die haar vertegenwoordigt het in § 5 bedoelde verzoek moet indienen :

1° wanneer het bevoegde rechtscollege de feiten van vermeende discriminatie, die het voorwerp van de klacht uitmaken, bewezen acht;

2° wanneer de betrokkene de arbeidsbetrekking verbreekt, omdat het gedrag van de werkgever in strijd is met § 1, wat volgens de betrokkene een reden is om de arbeidsbetrekking zonder opzegging of vóór het verstrijken ervan te verbreken;

3° wanneer de werkgever de arbeidsbetrekking heeft beëindigd om een dringende reden, op voorwaarde dat het bevoegde rechtscollege deze beëindiging voor ongegrond houdt en in strijd met de bepalingen van § 1 heeft geacht.

§ 8. Wanneer de nadelige maatregel na de beëindiging van de arbeidsbetrekking wordt getroffen en in strijd is met § 1, moet de werkgever aan het slachtoffer ervan de in § 6 bedoelde schadevergoeding betalen.

§ 9. De in dit artikel bedoelde bescherming is eveneens van toepassing op de personen die in het kader van de overeenkomstig § 3 ingediende klachten als getuige optreden.

§ 10. De bepalingen van dit artikel zijn eveneens van toepassing op andere personen dan werkgevers die om het even welke vorm gezag op de betrokkenen kunnen uitoefenen.

Art. 15. Beschermingsmaatregelen buiten het kader van de arbeidsbetrekkingen

In hetzelfde decreet wordt een artikel 19ter ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 19ter. Beschermingsmaatregelen buiten het kader van de arbeidsbetrekkingen

§ 1. Wanneer, buiten het kader van de arbeidsbetrekkingen, een klacht wordt ingediend door of ten voordele van een persoon wegens een overtreding van de bepalingen van dit decreet mag de aangeklaagde persoon geen nadelige maatregelen treffen ten aanzien van de verzoekende persoon, behalve om redenen die vreemd zijn aan de klacht.

§ 2. In de zin van dit artikel wordt onder de uitdrukking « een klacht indienen » verstaan :

1° een met redenen omklede klacht ingediend door de betrokkene bij de intermediaire organisatie;

2° een met redenen omklede klacht ingediend ten voordele van de betrokken persoon door de in artikel 20, lid 1, van dit decreet vermelde organisaties of verenigingen bij de onderneming of de dienst die haar tewerkstelt;

3° een rechtsvordering ingesteld door de betrokkene bij het bevoegde rechtscollege.

4° een rechtsvordering ingesteld ten voordele van de betrokkene door de in artikel 20, lid 1, van dit decreet vermelde organisaties of verenigingen bij het bevoegde rechtscollege.

In de zin van het in het voorafgaande lid, onder de punten 1° en 2°, vermelde begrip « met redenen omklede klacht » wordt verstaan een gedateerde, ondertekende en bij post ter kennis gebrachte aangetekende brief waarin de feiten van de vermeende discriminatie worden uiteengezet.

§ 3. Wanneer een nadelige maatregel getroffen wordt ten aanzien van de betrokkene binnen de twaalf maanden na het indienen van de klacht, valt de bewijslast dat de nadelige maatregelen werden getroffen om redenen die vreemd zijn aan de klacht, ten laste van de verweerder.

Indien een rechtsvordering door of ten voordele van de betrokkene werd ingesteld, wordt de in het vorige lid bepaalde periode van twaalf maanden verlengd tot drie maanden na de dag waarop de rechterlijke beslissing in kracht van gewijsde is getreden.

§ 4. Wanneer geoordeeld wordt dat de nadelige maatregel in strijd is met de bepalingen van § 1, dan moet de dader van de discriminatie aan de betrokkene een vergoeding betalen die, naar keuze van die persoon, gelijk is hetzij aan een forfaitair bedrag van 650 EUR hetzij aan de werkelijk door de persoon geleden schade; in laatstgenoemd geval moet de betrokkene de omvang van de geleden schade bewijzen.

§ 5. De in dit artikel bepaalde bescherming is eveneens van toepassing op de personen die in het kader van de overeenkomstig § 2 ingediende klachten optreden als getuige.

§ 6. Op verzoek van de verweerder kan het rechtscollege waarbij de zaak overeenkomstig § 2 aanhangig is gemaakt, de in § 3 bepaalde termijnen verkorten. »

Art. 16. Mogelijkheid toegestaan aan organisaties om in rechte op te treden

In artikel 20, lid 1, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden « sedert ten minste vijf jaar » geschrapt.

Afdeling 3. — Dienst voor arbeidsbemiddeling

Art. 17. Wijziging van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap

Artikel 2 van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap wordt met een § 5 aangevuld, luidend als volgt :

« § 5. De Regering kan kadervoorwaarden vastleggen voor de uitvoering van de in dit artikel vermelde opdrachten. »

HOOFDSTUK II. — Gezondheid en sociale aangelegenheden

Art. 18. Interlandelijke adoptie

Artikel 1, 1°, van het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 1. interlandelijke adoptie : elke gewone of volle adoptie van een persoon die

— van zijn staat van herkomst door één of meerdere personen naar België is, wordt of moet worden gebracht, zij het na haar adoptie in deze staat door één of meerdere personen die haar/hun gebruikelijke woonplaats in België heeft/hebben, of met het oog op een dergelijke adoptie in België of in deze staat, of

— die haar gebruikelijke woonplaats in België heeft en naar een andere staat is, wordt of moet worden gebracht, zij het na haar adoptie in België door één of meerdere personen die haar/hun gebruikelijke woonplaats in deze andere staat heeft/hebben, of met het oog op een dergelijke adoptie in België of in deze andere staat, of

— die in België verblijft, zonder gemachtigd te zijn er zich te vestigen of er langer dan drie maanden te verblijven, ten einde er te worden geadopteerd door één persoon of meerdere personen die er haar/hun gewone verblijfplaats heeft/hebben. »

Art. 19. Adoptie

Artikel 13 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 13. Zodra de afstandouders voor het kind geen zorg meer dragen en zolang zij hun toestemming niet geven voor de terbeschikkingstelling van het kind met het oog op adoptie, zoals bedoeld in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek, treft de centrale autoriteit in het kader van de door de Regering vastgelegde voorwaarden elke voor het belang van het kind geschikte maatregel.

Elke dienst die geïnformeerd is dat ouders een kind ter beschikking willen stellen met het oog op adoptie, verwittigt onmiddellijk de centrale autoriteit; »

Art. 20. Wijziging van het decreet van 9 mei 1988

Artikel 6bis van het decreet van 9 mei 1988 tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn en tot regeling van het herbergen van kinderen tot twaalf jaar, ingevoegd bij het decreet van 21 januari 1991 en gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2006 wordt gewijzigd als volgt :

— § 1, lid 2, wordt met de volgende bepaling aangevuld :

« 4° de ontvangsten die voortvloeien uit de toepassing van de artikelen 9, 11, 17, § 6, 25 en 27 van het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie. »;

— § 2 wordt aangevuld als volgt : « Bovendien kunnen de middelen van het Fonds worden gebruikt om de kosten ten laste te nemen die in het kader van een interne adoptie ontstaan. »

Art. 21. Noodopvang

Artikel 21 van het decreet van 9 mei 1994 houdende de erkenning van inrichtingen die personen in een noodtoestand voorlopig opnemen en begeleiden en houdende toekenning van toelagen met het oog op de onteigening, de aankoop, de bouw, de huur, de reparatie en de uitrusting van noodopvangwoningen wordt opgeheven.

Art. 22. OCMW's

In artikel 12 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, gewijzigd bij de wetten van 29 december 1988 en 5 augustus 1992 alsmede bij het decreet van 19 september 2006, worden de woorden « volgend op de installatie van de gemeenteraad » geschrapt zonder vervangen te worden.

Art. 23. Dienst van de personen met een handicap

Artikel 7 van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachige Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), gewijzigd bij de decreten van 16 december 2003 en 17 mei 2004, wordt aangevuld met het volgende lid :

« Een door de Regering aangewezen vertegenwoordiger van de bevoegde afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is lid met raadgevende stem van de raad van bestuur. »

Art. 24. Jeugdbijstand

Artikel 8, § 1, van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand wordt aangevuld met het volgende lid :

« In afwijking van lid 2 blijven de door het besluit van de Regering van 23 augustus 2001, gewijzigd bij de besluiten van 19 mei 2003 en 26 april 2005, aangewezen leden van de Raad voor jeugdbijstand hun mandaat uitvoeren tot een door de Regering vastgelegde datum. »

Art. 25. Gezondheidspromotie

Artikel 8, § 2, van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie, gewijzigd bij het decreet van 21 maart 2005, wordt aangevuld als volgt :

« — één vertegenwoordiger van de Afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Culturele Aangelegenheden ».

HOOFDSTUK III. — *Media***Art. 26.** Mededelingsplicht

Artikel 30 van het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen wordt aangevuld met de volgende leden :

« Het voornemen om geleverde programmaonderdelen te overnemen dient bij de aanvraag tot erkenning te worden gevoegd. Wijzigingen of stopzetting van deze overname moeten aan de Regering en aan de Mediaraad ten minste vier maanden vóór de wijziging of de beëindiging worden medegedeeld.

De overname van programma's bestaande uit doorlopende muziek is verboden. »

Art. 27. Koppeling van lokale radio's in een netwerk

§ 1. Artikel 32, 2°, tweede zin, van hetzelfde decreet, wordt vervangen door de volgende bepaling : « De overige programmaonderdelen kunnen hetzij in samenwerking met andere erkende lokale radio's hetzij uit hun eigen productie worden overgenomen of door derden worden geleverd. » en aangevuld met de volgende bepaling :

« Het is echter verboden dat

- a) meerdere lokale radio's programmaonderdelen van dezelfde derde persoon uitzenden;
- b) dat lokale radio's programmaonderdelen van een overeenkomstig dit decreet erkende regionale radio uitzenden. »

§ 2. Artikel 33 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 28. Must carry

In artikel 81 van hetzelfde decreet wordt een §3 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 3. Om de drie jaar en voor het eerst op 31 maart 2008 gaat de beslissingskamer na of de in dit artikel bedoelde verplichtingen nageleefd worden. Deze bepaling dient tot de omzetting van artikel 31, lid 1, van de Richtlijn 2002/22/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 maart 2002 inzake de universele dienst en gebruikersrechten met betrekking tot elektronische communicatienetwerken en -diensten (Universele dienstrichtlijn). »

Art. 29. Beslissingskamer

Artikel 110, lid 1, van hetzelfde decreet wordt aangevuld als volgt :

« 4° de door de Duitstalige Gemeenschap toegekende jaarlijkse dotatie waarvan de uitbetalingsmodaliteiten van artikel 2 van het programmadecreet van 4 maart 1996 kunnen afwijken. »

Art. 30. Samenstelling van de advieskamer

Artikel 111, § 1, lid 2, 5°, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5° één lid per geregistreerde exploitant van elektronische communicatienetwerken of aanbieder van elektronische communicatiediensten, op de voordracht van de exploitant of aanbieder. »

HOOFDSTUK IV. — *Monumentenzorg***Art. 31.** Secretariaat van de Commissie voor de bescherming van Monumenten en Landschappen

Artikel 3, lid 2, van het decreet van 14 maart 1994 betreffende de Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de Bescherming van Monumenten en Landschappen wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap staat in voor het secretariaat en de technische advisering. »

Art. 32. Adviestermijn

In artikel 5 van hetzelfde decreet wordt het cijfer « 45 » vervangen door het cijfer « 30 ».

HOOFDSTUK V. — *Jeugd- en volwassenenvorming***Art. 33.** Aantal creatieve ateliers per gemeente

Artikel 1, lid 1, van het decreet van 16 december 2003 betreffende de bevordering van creatieve ateliers wordt aangevuld met volgende bepaling :

« De Regering mag niet meer dan één creatieve atelier per gemeente subsidiëren. Het creatief atelier moet zijn zetel in de betrokken gemeente hebben ».

Art. 34. Vermijding van dubbele aanbiedingen

Artikel 3 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

— in 1° wordt de passus « in het Duitse taalgebied » vervangen door de passus « in de betrokken gemeente »;

— in 4° wordt het woord « infrastructuur » vervangen door de woorden « vaste infrastructuur in de betrokken gemeente »;

— een punt 10° wordt ingevoegd, luidend als volgt :

« 10° zich van andere door de Duitstalige Gemeenschap ondersteunde culturele en recreatieve aanbiedingen onderscheiden. »

Art. 35. Artikel 2, lid 2, van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, ingevoegd bij het decreet van 7 januari 2002, wordt vervangen door volgend lid :

« Bovendien kunnen de vakbondspremies ten belope van 54,54 EUR en de terugbetaling van de vervoerskosten ten belope van 50% van het sociaal abonnement als subsidieerbare personeelskosten beschouwd worden. »

HOOFDSTUK VI. — *Toerisme***Art. 36.** Vergoedingen voor hotelinrichtingen

Artikel 30, 4°, van het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen wordt opgeheven.

Art. 37. Toezicht op de hotelinrichtingen

Artikel 32, § 1, lid 1, van hetzelfde decreet wordt met een tweede zin aangevuld, luidend als volgt :

« In de zin van dit decreet verstaat men onder « beambte » de ambtenaren en de contractuelen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. ».

Art. 38. Informatiebureaus

Artikel 9, lid 3, van het decreet van 17 februari 2003 betreffende de erkenning en bevordering van de verfraaiingscomités, verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en van de koepelverenigingen ervan, alsmede van de informatiebureaus en informatiepunten wordt met het volgende lid aangevuld :

« Bovendien mag de Regering niet meer dan twee informatiebureaus subsidiëren voor de gemeenten Eupen, Raeren, Kelmis en Lontzen en twee voor de gemeenten Sankt Vith, Amel, Burg-Reuland, Bütgenbach en Büllingen. »

Art. 39. Toelagen voor maatregelen inzake voortgezette opleiding

In hetzelfde decreet wordt een nieuw artikel 13bis ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 13bis Toelagen voor maatregelen inzake voortgezette opleiding

Jaarlijks wordt aan de inrichtende machten van een informatiebureau een toelage toegekend voor maatregelen inzake voortgezette opleiding van het daar tewerkgesteld personeel. De toelage belooft ten hoogste 50% van de werkelijk verrichte en bewezen uitgaven terzake met een maximumbedrag van 2.000 EUR.

Jaarlijks wordt aan de inrichtende machten van een informatiepunt een toelage toegekend voor maatregelen inzake voortgezette opleiding van het daar tewerkgesteld personeel. De toelage belooft ten hoogste 50 % van de werkelijk verrichte en bewezen uitgaven terzake met een maximumbedrag van 500 EUR. ».

Art. 40. Subsidiëringsmodaliteiten

In artikel 14 van hetzelfde decreet wordt de passus « 12 en 13 » vervangen door « 12, 13 en 13bis ».

Art. 41. Blusapparaten

Artikel 8, § 2, lid 1, van het decreet van 9 mei 1994 over het kamperen en de kampeerterreinen wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De blusapparaten bedoeld in § 1, 1°, moeten aan elementaire vereisten inzake veiligheid voldoen.

Het bewijs dat aan deze vereisten wordt voldaan, kan worden geleverd als volgt :

1° blusapparaten die vóór 29 mei 1997 op de markt werden gebracht moeten :

— als ze in België zijn vervaardigd, van de BENOR-label voorzien zijn;

— als ze in een andere lidstaat van de Europese Gemeenschap zijn vervaardigd, aan de in de betrokken staat vigerende voorschriften inzake controle- en classificatiemethoden en aan de voorwaarden m.b.t. de precieze kenmerken van het blusapparaat, zoals samenstelling en grootte, voldoen;

2° blusapparaten die na 29 november 1999 op de markt werden gebracht, moeten van de CE-markering en de verklaring van overeenstemming worden voorzien overeenkomstig de richtlijn 97/23/EG van het Europees Parlement en de Raad van 29 mei 1997 inzake de onderlinge aanpassing van de wetgevingen der lidstaten betreffende drukapparatuur en de norm EN3 conform zijn;

3° voor blusapparaten die tussen 29 mei 1997 en 29 november 1999 op de markt zijn gebracht, moet het bewijs naar keuze overeenkomstig 1° of 2° worden geleverd.

Bovendien moeten de blusapparaten jaarlijks door een deskundige worden gecontroleerd. »

HOOFDSTUK VII. — *Sport***Art. 42.** Statuut van de sportschutters

Artikel 14, lid 1, van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Sportschutters die, bij de inwerkingtreding van dit decreet, sinds ten minste 5 jaar actief lid zijn van een schietclub, beschikken over een termijn van 12 maanden om de sportschutterslicentie aan te vragen. In dit geval reikt de federatie de licentie op voorlegging van de in artikel 7 vermelde documenten uit; het getuigschrift van welslagen voor de proeven kan daarbij worden vervangen door het bewijs van de vaardigheid om met een wapen in alle veiligheid om te gaan, welke door de federatie wordt getoetst. »

HOOFDSTUK VIII. — *Infrastructuur***Art. 43.** Installaties voor de zuivering van afvalwater

Artikel 2, lid 1, van het decreet betreffende de Infrastructuur van 18 maart 2002, gewijzigd bij de decreten van 21 maart 2005 en 20 februari 2006, wordt aangevuld met de volgende bepaling :

« 10° installaties voor de zuivering van afvalwater. »

Art. 44. Wijziging van artikel 10 van het decreet betreffende de infrastructuur

Artikel 10, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen de volgende bepaling :

« Om subsidieerbaar te zijn, moet een infrastructuurproject in het infrastructuurplan zijn opgenomen, met uitzondering van het in artikel 2, lid 1, 6°, bepaald infrastructuurproject en van de in de artikelen 36 à 38 vermelde infrastructuurprojecten m.b.t. kampeertreinen, hotelinrichtingen en vakantiewoningen. »

Art. 45. Wijziging van artikel 11 van het decreet betreffende de infrastructuur

Artikel 11, lid 1, van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

— onder punt 1° worden de woorden « en kampeertreinen » geschrapt zonder vervangen te worden;

— er wordt een punt *1bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« *1bis* de in artikel 2, lid 1, 1° en 3° tot 10°, vermelde infrastructuurprojecten m.b.t. kampeertreinen. »

Art. 46. Wijziging van artikel 17 van het decreet betreffende de infrastructuur

Artikel 17 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 3 februari 2003, 21 maart 2005 en 20 februari 2006, wordt gewijzigd als volgt :

— in § 1, lid 1, wordt de passus « 7° tot 9° » vervangen door « 7 tot 10° »;

— § 3, lid 2, wordt aangevuld met het volgende zinsdeel :

« alsmede op de in de artikelen 36, 37 en 38 vermelde premies voor kampeertreinen, hotelinrichtingen en vakantiewoningen. »

Art. 47. Wijziging van artikel 24 van het decreet betreffende de infrastructuur

In artikel 24, § 2, lid 3, wordt de datum « 30 september » vervangen door de datum « 15 september ».

Art. 48. Aanvraag om premies voor kampeertreinen, hotelinrichtingen en vakantiewoningen

Hoofdstuk I, afdeling 5, wordt aangevuld met een onderafdeling 3, die artikel *24bis* omvat :

« Onderafdeling 3. — Procédure voor de aanvraag om premies voor kampeertreinen, hotelinrichtingen en vakantiewoningen

Artikel *24bis* Premies voor kampeertreinen, hotelinrichtingen en vakantiewoningen

§ 1 In afwijking van de artikelen 19 tot 23 zijn de volgende regels van toepassing op de aanvraag om de in de artikelen 36 to 38 vermelde premies :

De aanvrager dient bij de Regering een premieaanvraag in die volgende documenten moet omvatten :

1° gegevens m.b.t. de identiteit van de aanvrager;

2° een eigendomsbewijs of een afschrift van het huurcontract, het erfpachtverdrag of het opstalverdrag met betrekking tot de bedoelde onroerende goederen;

3° een nauwkeurige beschrijving van de geplande werken alsmede het bewijs dat het project nuttig is en dat er een behoefte aan bestaat;

4° het bewijs dat de BTW eventueel aftrekbaar is;

5° het bewijs dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de premie van de Duitstalige Gemeenschap gedekt is, alsmede voor de terugbetaling van de premie;

6° de kostenramingen of het bestek met een omstandige kostenraming.

Na ontvangst van het ontvangstbewijs van de volledige aanvraag kan de aanvrager met de werken beginnen zonder het recht op een premie te verliezen.

§ 2. De Regering beslist over de aanvraag en kent desgevallend haar belofte voor een maximale premie toe. Deze wordt desgevallend op grond van de eindrekening aangepast. »

Art. 49. Kampeertreinen

Artikel 36 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 36. In afwijking van de artikelen 1, 4, 14, 16 en 18, § 2, kent de Regering voor infrastructuurprojecten m.b.t. kampeertreinen premies toe die binnen 10 jaar na de uitbetaling ervan overeenkomstig de in artikel 39 bepaalde voorwaarden moeten worden terugbetaald.

Slechts de in artikel 2, lid 1, 1°, en 3° tot 10°, vermelde infrastructuurprojecten komen in aanmerking voor de toekenning van een premie voor kampeertreinen.

Voor projecten waarvan de globale kosten tot 500.000 EUR bedragen, belooft deze premie 30% van het totaal bedrag der aanneembare uitgaven met een maximum van 50.000 EUR. Voor projecten waarvan de globale kosten meer dan 500.000 EUR bedragen, belooft deze premie 100.000 EUR.

Voor éénzelfde kampeerterrein kan een andere premie slechts worden toegekend, als ten minste drie achtsten van de voorafgaande premie zijn terugbetaald. »

Art. 50. Hotelinrichtingen

Artikel 37 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 37. In afwijking van de artikelen 1, 4, 14, 16 en 18, § 2, kent de Regering voor infrastructuurprojecten m.b.t. hotelinrichtingen premies toe die binnen 10 jaar na de uitbetaling ervan overeenkomstig de in artikel 39 bepaalde voorwaarden moeten worden terugbetaald.

Slechts de in artikel 2, lid 1, 1°, en 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten komen in aanmerking voor de toekenning van een premie, en dit uitsluitend voor hotelinrichtingen en vakantiewoningen waarvan elke kamer over bad en WC beschikt.

Voor projecten waarvan de globale kosten tot 500.000 EUR bedragen, belooft de premie 30% van het totaal bedrag der aanneembare uitgaven met een maximum van 50.000 EUR. Voor projecten waarvan de globale kosten meer dan 500.000 EUR bedragen, belooft deze premie 100.000 EUR.

Voor éénzelfde hotelinrichting kan een andere premie slechts worden toegekend, als ten minste drie achtsten van de voorafgaande premie zijn terugbetaald. »

Art. 51. Vakantiewoningen

Artikel 38 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 38. In afwijking van de artikelen 1, 4, 14, 16 en 18, § 2, kent de Regering voor infrastructuurprojecten m.b.t. vakantiewoningen premies toe die binnen 10 jaar na de uitbetaling ervan overeenkomstig de in artikel 39 bepaalde voorwaarden moeten worden terugbetaald.

Slechts de in artikel 2, lid 1, 1°, en 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten komen in aanmerking voor de toekenning van een premie.

De premie voor vakantiewoningen wordt slechts toegekend als :

- de aanvrager geen handelsvennootschap is;
- de globale kosten van het project ten minste 25.000 EUR bedragen;
- de vakantiewoning ten minste in de categorie « 3 korenaren » is ingedeeld of, na de werken waarvoor de premie is aangevraagd, ten minste aan de voorwaarden voor de indeling in deze categorie zal voldoen.

De premie voor vakantiewoningen bedraagt 7.500 EUR.

Deze premie wordt slechts één keer per autonome vakantiewoning toegekend. Deze premies worden voor maximum vijf vakantiewoningen aan een aanvrager toegekend. Samenwonende personen gelden als één aanvrager. »

Art. 52. Terugbetaling van de premies voor kampeerterreinen, hotelinrichtingen en vakantiewoningen

In hetzelfde decreet wordt een artikel *38bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *38bis* Terugbetaling van de premies voor kampeerterreinen, hotelinrichtingen en vakantiewoningen

Elk jaar vóór 31 oktober, echter ten laatste vóór 31 oktober van het derde kalenderjaar na de uitbetaling van het totaal bedrag der in de artikelen 36 tot 38 vermelde premies, betaalt de begunstigde ten minste één achtste van de premie terug, verhoogd met 1,5 % van het effectief saldo van de schuld, vóór de uitbetaling van de overeenstemmende schijf.

Verwijlinteressen berekend tegen de wettelijke rentevoet worden verschuldigd, zodra de betalingsachterstand m.b.t. de schijf 30 kalenderdagen overschrijdt. »

Art. 53. Wijziging van het besluit van 4 februari 2003

De artikelen 22 en 23 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 4 februari 2003 houdende uitvoering van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur worden opgeheven.

HOOFDSTUK IX. — Plaatselijke overheden

Art. 54. Gemeentelijke dotatie

Artikel 30 van het programmadecreet van 21 maart 2005 wordt vervangen als volgt :

1° in het eerste lid wordt het jaargetal « 2007 » vervangen door « 2008 »;

2° het eerste lid wordt aangevuld met volgende leden :

« Als de in het eerste lid bepaalde berekening tot gevolg heeft dat een gemeente meer dan 80 % van het gemiddeld bedrag per inwoner ontvangt, dan wordt de dotatie beperkt tot dit bedrag. Het inwonertal wordt berekend op 1 januari 2007.

Het overschot wordt onder de gemeenten met het laagste bedrag per inwoner verdeeld. Ten eerste ontvangt de gemeente met het laagste bedrag per inwoner het verschil t.o.v. de gemeente met het onmiddellijk hoger bedrag per inwoner. Daarna ontvangt telkens de gemeente met het laagste bedrag per inwoner het verschil t.o.v. de gemeente met het onmiddellijk hoger bedrag. »

HOOFDSTUK X. — Begrotingsfondsen

Art. 55. Wijziging van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap

Artikel 1 van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 7 januari 2002, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 1. § 1. Er wordt een Fonds voor de financiering van terugbetaalbare premies, kredieten en participaties ingericht. Dit fonds stemt overeen met een begrotingsfonds volgens artikel 45 van de wet op de Rijkscomptabiliteit, geëördineerd door het koninklijk besluit van 17 juli 1991.

§ 2. Het Fonds voor de financiering van terugbetaalbare premies, kredieten en participaties kan over ontvangsten beschikken die voortvloeien uit de verwezenlijking van de opdrachten van het fonds, voor zover zij wegens hun specificiteit niet eerder onder een ander begrotingsfonds moeten worden ingeschreven, inzonderheid :

1° de terugbetaling van de participaties of kredieten toegekend aan « Ostbelgieninvest » of aan andere handelsvennootschappen;

2° de terugbetaling door de gewestelijke huisvestingsmaatschappij van de aan de erkende maatschappijen toegekende leningen;

3° de op grond van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur terugbetaalde premies;

4° het deel van de globale dotatie waarin de ontvangstenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap in de vorm van toegewezen ontvangsten voorziet om de opdrachten van dit fonds te vervullen;

5° de opbrengst in winsten en renten of toegevoegde waarden voortvloeiend uit het beheer van deze middelen.

§ 3. Voor zover de eventuele uitgaven wegens hun specificiteit niet eerder onder een ander begrotingsfonds moeten worden ingeschreven, kunnen de financiële middelen van het Fonds voor de financiering van terugbetaalbare premies, kredieten en participaties gebruikt worden voor :

1° de betaling van de premies toegekend op grond van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;

2° de betaling van participaties of kredieten aan handelsvennootschappen;

3° de betaling van leningen of voorschotten aan inrichtingen, vzw's of overige inrichtende machten van prestaties verricht in opdracht van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4. De Regering van de Duitstalige Gemeenschap wijst een rekenplichtige aan.

§ 5. Jaarlijks geeft de Regering verslag van het beheer van het fonds aan het Parlement ter aanleiding van het voorleggen van de begroting. »

Art. 56. Wijziging van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap

De artikelen 2 en 3 van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het programmadecreet van 7 januari 2002, worden opgeheven.

HOOFDSTUK XI. — Slotbepalingen

Art. 57. Overgangsbepalingen

Dit decreet is van toepassing op aanvragen m.b.t. de in de artikelen 36 tot 38 van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur vermelde premies waarvoor nog geen vaste belofte is verleend op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet; het recht op een premie blijft behouden, zelfs wanneer de werken reeds vóór de inwerkingtreding van dit decreet zijn begonnen.

Art. 58. Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen, met uitzondering van

— de artikelen 1, 24, 33, 34, 35, 39 en 40, welke op 1 januari 2007 uitwerking hebben;

— artikel 42, dat op 9 juni 2006 uitwerking heeft;

— artikel 54, dat op 1 januari 2008 in werking treedt.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen op 25 juni 2007.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen.

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme.

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek.

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Média, Monumentenzorg, Jeugd en Sport.

—
Nota

(1) *Zitting 2006-2007.*

Parlementaire stukken. — Voorstel van decreet, 98, nr. 1. — Voorstellen tot wijziging 98, nr. 2-6. — Verslag 98, nr. 7. — Voorstel tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst 98, nr. 8.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. *Zitting van 25 juni 2007.*